

Ein langer Weg

*Der Dialog zwischen Christen und Juden
hat viel erreicht,
ist aber noch längst nicht am Ziel*

Impressum

Herausgegeben von Michael Mädler im Auftrag
des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrats

Redaktion: Michael Mädler (verantwortlich),
Chefin vom Dienst: Christine Loebel

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Publizistik (P.Ö.P.)
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern,
Katharina-von-Bora-Straße 11, 80333 München,
Telefon (0 89) 55 95-298, Fax (0 89) 55 95-466,
E-Mail: nachrichten.redaktion@elkb.de

Verlag: Evangelischer Presseverband für Bayern e. V.
(EPV), Birkerstraße 22, 80636 München;
Vorstand: Kirchenrat Dr. Roland Gertz.

Druck: Mayer & Söhne Druck- und Mediengruppe
GmbH, Oberbernbacher Weg 7, 86551 Aichach.

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH,
Hamburg

Anzeigenverwaltung: EPV, verantw. Eva Fetscher,
Tel.: (0 89) 1 21 72-114, Fax: (0 89) 1 21 72-338,
E-Mail: nachrichten.vertrieb@elkb.de

Erscheint einmal pro Quartal, Einzelpreis € 7,50
zzgl. Versandkosten. Jahresabo € 24,50 im Inland,
Jahrespreis Österreich € 28,10 und Schweiz
SFr. 37,00. Die Preise für D, A, CH verstehen sich
inkl. gesetzl. MwSt. und Zustellgebühr. Jahrespreis
Abo sonstiges Ausland: Inlandspreis zzgl. Ver-
sandkosten von € 3,60 pro Jahr. Bestellungen beim
Verlag. Das Abo gilt zunächst für ein Jahr
und verlängert sich jeweils automatisch um ein
weiteres Jahr, wenn nicht spätestens nach Erhalt
der dritten Ausgabe gekündigt wird.



Inhalt

- 4 *Eine wichtige Wegmarke*
Im Juni eröffnet das Institut für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen
Michael Mädler, München
- 5 *Das schwere Erbe*
Judenfeindschaft erkennen und überwinden
Axel Töllner, Nürnberg
- 8 *Alles andere als selbstverständlich*
Eine Würdigung des christlich-jüdischen Dialogs
Josef Schuster, Würzburg
- 10 *Rückkehr des Antijudaismus?*
Christliche Hermeneutik des Alten Testaments im Angesicht des Judentums
Michael Pietsch, Neuendettelsau
- 13 *Im Mantel des Propheten*
Der Weltrat der Kirchen gegen Israel
Wolfgang Stegemann, Neuendettelsau
- 16 *»Ihr seid nicht Kinder der Verheißung«*
Die Reformatoren und die Juden
Gury Schneider-Ludorff, Neuendettelsau
- 19 *»Mehr als Steine«*
Der Synagogen-Gedenkband Bayern
Wolfgang Kraus, Saarbrücken
- 22 *Deutschlands zweite Chance*
Ein Zwischenruf zur Integrationsdebatte
Doron Kiesel, Erfurt
- 25 *»Errette, die man zum Tode schleppt«*
Wo das Gedenken an die jüdischen NS-Opfer in der Gemeinde verortet werden kann
Gerhard Gronauer, Dinkelsbühl
- 28 *Die »Predigtmeditationen im christlich-jüdischen Kontext«*
Bemerkungen zu einem erfolgreichen Format homiletischer Anleitungsliteratur
Johannes Wachowski, Wernsbach



Michael Mädler, München

Eine wichtige Wegmarke

Im Juni eröffnet das Institut für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen

Er war ungeheuer wichtig, aber sein Zustandekommen alles andere als selbstverständlich: der christlich-jüdische Dialog nach 1945. Denn an der jahrhundertelangen Unterdrückung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Europa, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten mit der fabrikmäßigen Tötung der Juden ihren grausamen Höhepunkt erreichte, hatte antijudaistische Predigt christlicher Theologen einen maßgeblichen Anteil. Man kann es durchaus als Wunder begreifen, dass nach dieser Geschichte, die Christen und Juden miteinander hatten, ein Gespräch überhaupt in Gang kam.

In Bayern hat die »Begegnung von Juden und Christen. Verein zur Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern«, kurz BCJ.Bayern, maßgeblichen Anteil daran, dass dieser Dialog in Gang gekommen ist - bzw. immer wieder neu in Gang kommt - und dass er bis heute so viel zum wechselseitigen Verstehen und zur Aussöhnung beigetragen hat. Zu diesem Zweck organisiert er beispielsweise Begegnungen, auch an Schulen, um das wechselseitige Verständnis von Christen und Juden zu vertiefen.

Um diese wichtige Arbeit weiter zu stärken, hat die Landeskirche vor zwei Jahren die Einrichtung eines sogenannten An-Instituts für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau gegründet und die Stelle eines landeskirchlichen Beauftragten für christlich-jüdischen Dialog in der ELKB geschaffen, der gleichzeitig Geschäftsführer des Instituts ist und eng mit BCJ.Bayern kooperiert. Zu den Aufgaben des Instituts zählen unter anderem die Erforschung der Beziehung von Christen und Juden, insbesondere in Bayern, die Pflege nationaler und internationaler Beziehungen sowie die Beratung der Kirchenleitung der ELKB.

Offiziell eröffnet wird das Institut am 26. Juni um 15 Uhr - eine wichtige Wegmarke im Dialog zwischen den beiden Religionen hier in Bayern und hoffentlich auch ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Versöhnung von Christen und Juden - ein Weg, auf dem bereits viel erreicht wurde, der aber noch lange nicht am Ziel ist.



© ELKB/Rost

Michael Mädler ist Chefredakteur der Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Das schwere Erbe

Judenfeindschaft erkennen und überwinden

Seit vielen Jahren ist bekannt, dass judenfeindliche Vorurteile bis in die Mitte unserer Gesellschaft reichen. In letzter Zeit werden sie deutlicher hörbar. Das Urteil des Kölner Landgerichts, das 2012 die religiöse Beschneidung von Knaben für strafbar erklärte, oder unreflektierte Israelkritik sind deutliche Indizien.

Beunruhigend ist für uns Christinnen und Christen, dass jüngere Studien nach wie vor einen »Zusammenhang von christlicher Religionszugehörigkeit und Antisemitismus« sehen. Die Bemühungen in den Kirchen um eine Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses und die Absage an jegliche Formen von Judenfeindschaft haben diesen Erhebungen zufolge nicht dazu geführt, dass Kirchenmitglieder weniger antijüdisch wären als der Durchschnitt der Bevölkerung oder Menschen, die sich als nicht religiös verstehen. So sieht eine Expertise aus dem Jahr 2011 einen »relevanten Teil« an Kirchenmitgliedern, die den Anspruch ihrer Kirchen nicht teilen, »die eigene antisemitische Tradition in einem Prozess der selbstkritischen Auseinandersetzung überwunden zu haben«.¹

*Wie unglückbringend, liebe Mutter,
ist Feindschaft zwischen Brüdern,
und wie schwer hält die Versöhnung.*

(Johann Christoph Friedrich von Schiller)

Rund 70 Jahre nach der weitgehenden Vernichtung der europäischen Juden stehen wir nach wie vor am Anfang eines tief greifenden Veränderungsprozesses. Die Kirchen verschiedener Konfessionen, darunter auch mehrfach die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB)², haben bedeutende Schritte unternommen, um die mehr als tausendjährige Tradition judenfeindlichen Denkens und judenfeindlicher Handlungen tatsächlich zu überwinden. Doch nach wie vor wirken feindselige, überhebliche und ignorante Vorstellungen gegenüber Juden und dem Judentum nach. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es war nicht erst Jesus, der Gottes Liebe zur Welt gebracht und den Menschen gezeigt hat, wie Gott wirklich ist.

Wo fängt Judenfeindschaft an, wie äußert sie sich, wie gehen wir mit unserem Erbe um? In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Fragen wie diese ein nach wie vor hohes Erregungspotenzial haben. Sehr deutlich wurde dies in der Debatte um angemessene Formen des Gedenkens, die sich 2006 an der Person des ersten bayerischen Landesbischofs Hans Meiser wegen seiner judenfeindlichen Äußerungen entzündete.³

Die Konzentration auf die Frage, ob Meiser Antisemit war oder nicht, verschleiert meines Erachtens das Problem auf zweierlei Weise: Zum einen schillert der Begriff »Antisemitismus« seit seinem Aufkommen im

¹ Albert Scherr, Expertise Expertenkommission des Deutschen Bundestages: »Verbreitung von Stereotypen über Juden und antisemitischer Vorurteile in der evangelischen Kirche«, Freiburg 2011. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/EXpertenkreis_Antisemitismus/scherr.pdf?__blob=publicationFile (Aufruf 4.4.2016), für: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7700 vom 10.11.2011, URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf> (Aufruf 4.4.2016).

² Vgl. Erklärung »Christen und Juden« 1998, <http://www.bayern-evangelisch.de/downloads/ELKB-Erklaerung-Christen-und-Juden-1998-2015.pdf> (Aufruf 04.04.2016); Ergänzung des Grundartikels der KVerf der ELKB, <http://www.bayern-evangelisch.de/wir-ueber-uns/rechtliche-grundlagen.php> (Aufruf 4.4.2016).

³ Vgl. die Diskussionen um die Ergänzung des Grundartikels der ELKB in den Jahren 2010 bis 2012 oder die gegenwärtigen Fragen nach der Bedeutung von Luthers Judenfeindschaft im Kontext des Reformationsjubiläums.

19. Jahrhundert. Bis heute gibt es keine präzise Definition, die sich sowohl in der wissenschaftlichen Antisemitismusforschung als auch im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt hätte.⁴ Zum anderen verdrängte die Konzentration auf den früheren Landesbischof, dass Meiser sich in einem breiten Strom judenfeindlicher Einstellungen bewegte. Dass er »ein Kind seiner Zeit« war, macht das historische Erbe für die ELKB freilich noch schwerer, weil seine Äußerungen keine einmaligen Entgleisungen sind, sondern einen »kulturellen Code« (Shulamit Volkov) repräsentieren.

Judenfeindschaft hat viele Gesichter, sie umfasst religiöse Abneigung, kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Klischees, rassistische Vorurteile, Verunglimpfungen, psychische und physische Gewalt, Dämonisierungsstrategien und Verschwörungstheorien. Die Antisemitismusforschung unterscheidet verschiedene Motivstränge voneinander und ordnet sie historisch ein. Zugleich zeigt sie, wie diese aufeinander einwirken und aufbauen oder sich verändern und aktuellen Trends anpassen. Antijüdische Vorbehalte zeigen sich einerseits extrem langlebig, andererseits aber auch wandlungs- und kombinationsfähig.⁵ Das religiöse Ressentiment existierte ebenso wenig in Reinform, wie es die Vorstellung einer spezifischen und angeblich »minderwertigen jüdischen Rasse« isoliert von anderen antijüdischen Vorurteilen gab.⁶

JUDENFEINDSCHAFT HAT VIELE GESICHTER

4 Vgl. *Expertenkreis Antisemitismus 2011*, S. 9.

5 Vgl. Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?* München 2004; Ders. (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3: *Begriffe, Theorien, Ideologien*, Berlin-New York 2010; *Expertenkreis Antisemitismus 2011*, S. 9–11 (*Begriffsbestimmungen*); Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 2016.

6 Vgl. Horst Junginger, *Die Verwissenschaftlichung der »Judenfrage« im Nationalsozialismus*, Darmstadt 2011, bes. S. 20–46.

7 Vgl. Benz 2004, S. 83–115.

8 Vgl. Rainer Kampling, *Art. Antijudaismus*, in: Benz 2010, S. 10–13; Wyrwa, Ulrich, *Art. Moderner Antisemitismus*, in: Benz 2010, S. 209–213.

In der Regel setzte und setzt sich Judenfeindschaft aus einem Bündel von negativen Einstellungen, Abneigungen und Unterstellungen zusammen: »Die Juden« als Feinde und Mörder Jesu, »die Juden« als Verfechter einer Leistungs- und Nationalreligion, »die Juden« als Fremdlinge, »die Juden« als Urheber für den Niedergang der Kultur, »die Juden« als Schädlinge des genetischen Reservoirs anderer Völker, »die Juden« als Verschwörer, die die Welt und die öffentliche Meinung beherrschen, »die Juden«, die Wirtschaft und Bankwesen manipulieren, »die Juden« und ihr Staat als Haupthindernis für einen friedlichen Mittleren Osten ...

Nur wenig hilft beim Blick auf unser eigenes, kirchliches Erbe der Hinweis darauf, dass religiöse Vorbehalte bzw. der Antijudaismus anders als rassistische Vorurteile bzw. der Antisemitismus nicht auf die physische Auslöschung von Juden abzielten. Die Massenmorde und Massenvertreibungen bei den mittelalterlichen Pogromen stützten sich auf religiösen Hass oder wirtschaftlichen Neid, und für die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung etwa durch Brunnenvergiftung brauchte es im 14. Jahrhundert keinen Rassismus oder Sozialdarwinismus. Die Dämonisierung der Juden beim späten Luther war keineswegs weniger umfassend als ihre moderne Verteufelung im scheinbar naturwissenschaftlichen Gewand.

Auf der anderen Seite war die physische Auslöschung nicht immer und in jedem Fall das Ziel der neuzeitlichen rassistischen Judenhasser. Juden bildeten für sie die Projektionsfläche für all das, was sie in ihrem Kontext als negativ empfanden. Manche konnten sich Quotenregelungen für die angeblich fremdrassigen Juden vorstellen. Andere dachten an eine Rückkehr zu den Gesellschaftsmodellen des Alten Reichs, in denen die jüdische Bevölkerung deklassiert und ihre rechtliche Gleichstellung rückgängig gemacht werden sollten.⁷

Die Begriffsbildungen Antijudaismus wie Antisemitismus sind moderne Versuche, Phänomene der Judenfeindschaft näher zu bestimmen.⁸ Um Unterschiede der einzelnen Begründungszusammenhänge zu markieren, eignet sich der Begriff Antijudaismus für den religiösen Bereich. Doch begegnen dabei zwei Schwierigkeiten: Wenn auch primär zur religiösen Abwertung des Judentums und Abgrenzung von seinen Praktiken und Überzeugungen verwendet, so beinhaltete auch das religiöse Ressentiment ein



Gewaltpotenzial. Das konnte sich für Juden in der Konsequenz ähnlich auswirken wie die modernen, rassistisch begründeten Überzeugungen und Handlungen.

Zugleich ist für Juden die geistliche Auslöschung dessen, was ihre Identität ausmacht, nicht weniger dramatisch und grausam als die physische Vernichtung.⁹ Insofern darf die begriffliche Unterscheidung nicht den angeblich weniger gravierenden Antijudaismus gegenüber dem modernen Antisemitismus verniedlichen. Die fabrikmäßige Vernichtung von Frauen, Männern und Kindern aus dem einzigen Grund, dass sie jüdisch waren oder als jüdisch erklärt wurden, war der Tiefpunkt und Abgrund des modernen Antisemitismus. Dieser hat jedoch wesentlich mehr Facetten und stellt ein weltweites Phänomen dar. Selbst die »Nürnberger Rassengesetze« waren nur scheinbar ausschließlich rassistisch. Letztlich hatten auch die Nationalsozialisten kein anderes Kriterium als die Taufe bzw. die Zugehörigkeit der Vorfahren zu einer christlichen Kirche, um zu erklären, ob jemand zur vermeintlichen »jüdischen Rasse« gehörte.¹⁰

Die verschiedenen Formen der Judenfeindschaft entstanden zu verschiedenen Zeiten, artikulierten sich in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise und konnten im Einzelnen unterschiedliche Ziele verfolgen. Judenfeindschaft hat sich von ihren Anfängen in der Antike bis zur Gegenwart als äußerst langlebiges, vielschichtiges und wandlungsfähiges Bündel von Ressentiments erwiesen.¹¹ Für ihre Projektionen und Obsessionen benötigt sie keine realen Juden und kein sichtbares Judentum.

Das Institut für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen kann hoffentlich ein Ort werden, an dem Studentinnen und Studenten Judentum und jüdischen Menschen auf ganz verschiedene, lebendige Weise begegnen können. Bildung, Information und persönliche Erfahrungen können vielleicht dazu beitragen, weitere Konsequenzen aus unserem Erbe zu ziehen. Das gilt für das schwere Erbe der Judenfeindschaft genauso wie für das Erbe des gemeinsamen Schatzes, der Juden und Christen auf je eigene Weise anvertraut ist.

- 9 S. Abraham Joshua Heschel, *Keine Religion ist ein Eiland* (1965), in: Fritz A. Rothschild (Hg.), *Christentum aus jüdischer Sicht. Fünf jüdische Denker des 20. Jahrhunderts über das Christentum und sein Verhältnis zum Judentum*, (VIKJ 25), Berlin-Düsseldorf 2000, S. 324–341, hier S. 336.
- 10 Vgl. Axel Töllner, Art. Arierparagraf, in: Benz 2010, S. 28–30.
- 11 Vgl. David Nirenberg, *Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens*, München 2015.



© Stadt Nürnberg / C. Dierrenbach

Dr. Axel Töllner ist Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern für den christlich-jüdischen Dialog.

Alles andere als selbstverständlich

Eine Würdigung des christlich-jüdischen Dialogs

Was der christlich-jüdische Dialog bislang gebracht hat, welche Fragen aus Sicht der Israelitischen Kultusgemeinden im Gespräch mit der evangelischen Kirche noch offen sind und wie er die zunehmenden rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen in unserem Land einschätzt, dazu befragten wir Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

nachrichten: Was sind aus Sicht der Israelitischen Kultusgemeinden in Deutschland die Errungenschaften des christlich-jüdischen Dialogs?

Schuster: Der christlich-jüdische Dialog hat sich seit 1945 so entwickelt, dass sich die Beteiligten auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt und Verständnis begegnen. Das ist eine große Errungenschaft, wenn man bedenkt, was in den Jahrzehnten und Jahrhunderten zuvor geschehen ist. Die christlichen Kirchen bekennen sich mittlerweile dazu, dass ihre Wurzeln im Judentum liegen. Der Vatikan hat erst Ende vergangenen Jahres anlässlich des Jubiläums 50 Jahre »Nostra Aetate« bekräftigt, die institutionelle Judenmission prinzipiell abzulehnen. Eine so eindeutige Abweisung der Judenmission wünsche ich mir auch von der EKD mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017.

nachrichten: Wo sind aus Sicht der Israelitischen Kultusgemeinden Wünsche bzw. Hoffnungen im Blick auf diesen Dialog unerfüllt geblieben?

TENDENZEN ZUR JUDENMISSION

Schuster: Es gibt noch ein paar Themen, die aus unserer Sicht unbefriedigend sind. Auf der evangelischen Seite sind dies die Tendenzen bei evangelikalen Christen zur Judenmission. Deshalb erwähnte ich meinen Wunsch an die EKD zum Reformationsjubiläum. Auch messianische Juden sollten beim Reformationsjubiläum keine Plattform finden. In der katholischen Kirche ist die Karfreitagsfürbitte im lateinischen Ritus, in der für die Erleuchtung der Juden gebetet wird, für die jüdische Gemeinschaft nicht akzeptabel. Ebenso sind nach wie vor die Seligsprechung von Papst Pius XII. nicht vom Tisch und der Status der Pius-Bruderschaft ungeklärt. Aber ich bin zuversichtlich, dass sich diese Fragen im christlich-jüdischen Dialog lösen lassen.

nachrichten: Was konnte dieser Dialog zum besseren wechselseitigen Verständnis oder gar zur Aussöhnung zwischen Christen und Juden beitragen?

Schuster: Nach der Schoah war es alles andere als selbstverständlich, den Dialog zwischen Juden und Christen wieder aufzunehmen, das dürfen wir nicht vergessen. Es waren zunächst Initiativen von einzelnen sehr mutigen und rückblickend betrachtet auch klugen Persönlichkeiten. Ohne diesen Dialog

wäre es vielleicht nicht zum Schuldeingeständnis beider christlichen Kirchen sowie zu Dokumenten wie »Nostra Aetate« oder dem Synodalbeschluss der rheinischen Landeskirche von 1980 gekommen. Der christlich-jüdische Dialog ist bis heute wichtig, sowohl für das gegenseitige Verständnis als auch für Fragen, mit denen wir gleichermaßen konfrontiert sind, wie etwa den Umgang mit den Flüchtlingen, die in der großen Mehrzahl muslimisch sind.

nachrichten: Nicht zuletzt infolge der Flüchtlingsproblematik rückt aktuell der Islam stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Könnten Sie sich vorstellen, dass die Muslime in die bislang gut eingeführten bilateralen Gespräche zwischen Christen und Juden mit hineingenommen werden? Wenn ja, wie könnte das aussehen? Wenn nein, welche Gründe sprächen aus Ihrer Sicht dagegen?

ALLENFALLS ERGÄNZEN, NICHT ERSETZEN

Schuster: Die Frage des sogenannten Trialogs der monotheistischen Religionen wird ja schon seit vielen Jahren diskutiert und muss in erster Linie von den Theologen beantwortet werden. Aus meiner Sicht ist wichtig, dass ein solcher Trialog den christlich-jüdischen Dialog allenfalls ergänzen könnte, aber nicht ersetzen darf. Unabhängig davon befinden sich die Kirchen und die jüdische Gemeinschaft ohnehin im Austausch mit muslimischen Vertretern, gerade wenn es um aktuelle Themen geht wie islamistischen Terror, Flüchtlinge, muslimischen Antisemitismus oder auch die Beschneidung.

*Ein guter Dialog muß im Lapidarstil sein,
aber ohne Erläuterungen.*

(Friedrich Schleiermacher)

nachrichten: Im Zuge der Flüchtlingsproblematik haben rassistische, fremdenfeindliche und religionskritische Äußerungen in unserem Land zugenommen. Wie bewerten Sie das? Sind demokratische Werte wie Humanität, Toleranz oder Solidarität in unserem Gemeinwesen gefährdet? Wenn ja, was gilt es dagegen zu tun?

Schuster: Es ist in der Tat eine besorgniserregende Verrohung der Sprache und ein häufig bestürzender Mangel an Respekt vor Andersdenkenden oder vor Politikern zu beobachten. Die Politik, Bildungseinrichtungen und die Zivilgesellschaft sind gefordert, die Werte unseres Grundgesetzes zu verteidigen. Den Religionsgemeinschaften kommt dabei eine besondere Rolle zu, denn Eintreten für ein friedliches Miteinander und Nächstenliebe gehören essenziell zu unserem Glauben, sei er jüdisch oder christlich. Hier müssen wir auch mit gutem Vorbild vorangehen.

POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT SIND GEFORDERT



© Andreas Kreitz / Zentralrat der Juden

Dr. Josef Schuster ist Internist und seit November 2014 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Die Fragen stellte Michael Mädler.

Rückkehr des Antijudaismus?

Christliche Hermeneutik des Alten Testaments im Angesicht des Judentums

Der christliche Umgang mit dem Alten Testament setzt das respektvolle Gespräch mit dem Judentum und der rabbinischen Auslegungstradition voraus. Diese Erkenntnis ist ein wichtiges Ergebnis des christlich-jüdischen Dialogs.

Als der »Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.« am 7. April des vergangenen Jahres eine Erklärung seines evangelischen Präsidenten Friedhelm Pieper veröffentlichte, in der dieser »ein merkwürdiges Schweigen um einen handfesten theologischen Skandal im gegenwärtigen deutschen Protestantismus« beklagte¹, konnte niemand absehen, welche breite öffentliche Debatte diese Stellungnahme auslösen würde.

Was war geschehen? Der Berliner Ordinarius für Systematische Theologie, Notger Slenczka, hatte bereits im Jahr 2013 einen Beitrag unter dem Titel »Die Kirche und das Alte Testament« veröffentlicht², in dem er das bekannte Votum des liberalprotestantischen Kirchenhistorikers Adolf von Harnack aufnahm, das Alte Testament könne im Protestantismus nicht länger kanonische Geltung beanspruchen, und für eine Gleichstellung der alttestamentlichen Schriften mit den Apokryphen plädierte.

1 F. Pieper, *Theologieprofessor will das Alte Testament aus der Heiligen Schrift verbannen* (www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-home-Stellungnahme-Theologischer-Skandal-im-Protestantismus).

2 N. Slenczka, *Die Kirche und das Alte Testament*, in: E. Gräb-Schmidt / R. Preul (Hg.), *Das Alte Testament in der Theologie*, *MJTh XXV*, Leipzig 2013, 83–119.

3 Vgl. J.-H. Tück, *Christentum ohne Wurzel? Warum das Alte Testament nicht aus dem christlichen Kanon herausgenommen werden darf*, *StZ* 234 (2016), 43–55, 44–47.

4 Pieper, *Theologieprofessor* (Anm. 1).

5 Vgl. N. Slenczka, *18 Fragen an die Verächter der wissenschaftlichen Diskussion unter den Berliner Theologen* (www.theologie.hu-berlin.de/de/st/18fragenanverachter.pdf).

Pieper kritisierte in seiner Entgegnung die hermeneutischen Voraussetzungen der Christentumstheorie Slenczkas, die dieser von Schleiermacher übernommen hat. Im Antagonismus von jüdisch-nationalem Partikularismus und christlichem Heilsuniversalismus kehrten antijüdische Stereotypen wieder, von denen Slenczka sich nicht hinreichend distanzieren konnte. Die Bestreitung der Kanonizität des Alten Testaments beruhe letztlich auf einem dualistischen Gottesbegriff, wie ihn klassisch Markion von Sinope (2. Jh. n. Chr.) formuliert hatte.³ Angesichts einer solchen Argumentation müssten Slenczkas Darlegungen als »eine Neuauflage des protestantischen Antijudaismus« bewertet werden, denen energisch zu widersprechen sei.⁴

Den Vorwurf des Antijudaismus hat Slenczka energisch zurückgewiesen.⁵ Im Gegenteil, er hat seine Schlussfolgerung gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse des christlich-jüdischen Dialogs als unausweichlich verteidigt.⁶ Im Gefolge des christlich-jüdischen Dialogs nach der Schoah habe die Evangelische Kirche in Deutschland die bleibende Erwählung Israels ausdrücklich anerkannt und festgestellt, dass Gottes Bund mit Israel fortbesteht. Dies schließe ein, dass das Alte Testament nicht länger als Anrede an die Kirche gehört werden könne, sondern Israel resp. das heutige Judentum als primärer Adressat der alttestamentlichen Schriften zu gelten habe. Damit sei jedoch eine kanonische Stellung des Alten Testaments in der Kirche unvereinbar. Der Verzicht auf die Kanonizität des Alten Testaments verdanke sich gerade nicht antijüdischer Ressentiments, er respektiere vielmehr die Eigenbedeutung der alttestamentlichen Texte und den jüdischen Anspruch darauf.

Der Vorwurf des Antijudaismus scheint aufs Ganze gesehen in der Tat überzogen zu sein. Slenczkas Umgang mit dem Alten Testament speist sich weniger aus einer antijüdischen Haltung als aus einer existenzialen Hermeneutik der Bibel. Schwerer wiegt hingegen der Umstand, dass Slenczkas Überlegungen darauf hinauslaufen, das Fremde in der eigenen, christlichen Identität über die Grenze des Kanons hinweg abzuschieben. Ist das Alte Testament nur als Dokument der altisraelitisch-jüdischen Religionsgeschichte von Belang, das zum Verständnis der kulturellen Prägungen der neutestamentlichen Schriften benötigt wird, wie dies Schleiermacher klassisch zum Ausdruck gebracht hat⁷, oder besitzt das Alte Testament einen Eigenwert für die Bestimmung dessen, was christlich ist?

HERMENEUTISCH NAIIV

Einer christlichen Rezeption des Alten Testaments scheint zunächst das fundamentaltheologische Problem entgegenzustehen, dass eine christologische Lektüre der alttestamentlichen Schriften, wie sie von den Reformatoren praktiziert wurde, heute nicht mehr möglich ist. Wenn die Rückfrage nach dem historischen Ursprungssinn der biblischen Texte unter den Bedingungen der Moderne zur »Norm der Interpretation« geworden ist⁸, wie kann ich die Texte des Alten Testaments dann noch christlich lesen?

Zu den kraftvollsten, schönsten und reinsten Stimmen, die aus grauem Altertum zu uns herübergekommen sind, gehören die Bücher des Alten Testaments, und man kann es nie genug unserer Sprache verdanken, daß sie, auch in der Übersetzung, so wenig an Wahrheit und Stärke eingebüßt haben ...

(Wilhelm von Humboldt)

Hier ist vor allem auf zwei Gesichtspunkte hinzuweisen: Zum einen ist die Vorstellung von dem *einen* historischen Ursprungssinn der biblischen Texte hermeneutisch naiv. Die Bücher des Alten Testaments haben ihre kanonische Gestalt über einen Jahrhunderte hinweg andauernden Fortschreibungsprozess gewonnen, in dessen Verlauf die Texte immer wieder neu redigiert und interpretiert worden sind, sodass sich in ihnen ein komplexes Sinngefüge niedergeschlagen hat. Dieser Prozess ist mit der Kanonisierung nur zu einem relativen Abschluss gekommen. Die Aufgabe der Interpretation bleibt daher stets unabgeschlossen und hat unterschiedliche Lesarten »der Schrift« im Judentum und Christentum hervorgebracht, die gleichwertig nebeneinanderstehen.⁹

Unter dieser Voraussetzung ist dann aber auch eine christliche Rezeption des Alten Testaments möglich.¹⁰ Diese bleibt jedoch nicht auf ein im engeren Sinne christologisches Schriftverständnis beschränkt, das im Alten Testament Voraussagen und Vorabschattungen des Christusgeschehens identifiziert. Vielmehr ist das Alte Testament als Sinnhorizont für die identitätsstiftende Selbstdeutung des christlichen Glaubens ernst zu nehmen.

Wer Jesus von Nazareth ist, erschließt sich erst im Horizont der Schriften Israels. Die Predigt des Evangeliums ist aneignende Auslegung des Alten Testaments. Sie kann es sein, weil das Neue, von dem das Neue Testament spricht, mit dem gleichgesetzt wird, was im Alten Testament als das künftige Handeln Gottes erwartet wird.¹¹ Was neu ist, wird erst vom Alten her als Neues erkannt und verstanden.

6 Vgl. N. Slenczka, *Was soll die These: »Das AT hat in der Kirche keine kanonische Geltung mehr«?* (www.theologie.hu-berlin.de/de/st/was-soll-die-these.pdf).

7 Vgl. F. D. E. Schleiermacher, *Kurze Darstellung des theologischen Studiums zum Behuf einleitender Vorlesungen*, Berlin² 1830, §141 (KGA I/6, hg. D. Schmid, Berlin/New York 1998, 377).

8 Slenczka, *These* (Anm. 6), 7.

9 Vgl. F. Pieper, *Von Asymmetrie zu Komplementarität. Der Wandel im christlich-jüdischen Dialog*, ÖR 57 (2008), 413–430.

10 Vgl. Tück, *Christentum* (Anm. 3), 51 f.

11 Vgl. F. Crüsemann, *Das Alte Testament als Wahrheitsraum des Neuen. Die neue Sicht der christlichen Bibel*, Gütersloh 2011, 152–191.

12 Vgl. H. Liss, *An der Sache vorbei. Eine jüdische Sichtweise zum Streit um Notger Slenczka und das Alte Testament*, *zeitzeichen* 9/2015, 42–44, 44.

13 Vgl. C. Dohmen/E. Stemberger, *Hermeneutik der Jüdischen Bibel und des Alten Testaments*, KStTh 1,2, Stuttgart u. a. 1996, 11–22.

14 Diese Feststellung bleibt gültig, obgleich in der reformatorischen Bewegung die massoretische Textform zur normativen Grundlage des Alten Testaments erhoben wurde.

Diese Leseperspektive geht weit über die klassischen Schemata des christologischen Schriftbeweises hinaus. Sie lehrt, das Christusereignis vom Alten Testament her zu lesen – und umgekehrt. Damit ist die historische Eigenbedeutung der Schriften des Alten Testaments nicht in Abrede gestellt. Im Gegenteil, historische Bibelwissenschaft und christliche Lektüre des Alten Testaments bilden keinen unversöhnlichen Gegensatz, sondern verweisen aufeinander und konstituieren gerade auf diese Weise eine hermeneutisch reflektierte, theologische Schriftinterpretation.

Der christlich-jüdische Dialog hat in Theologie und Kirche zunehmend ein Gespür dafür geweckt, dass der christliche Umgang mit dem Alten Testament im respektvollen Gespräch mit dem Judentum und der rabbinischen Auslegungstradition eingeübt werden muss. Dieses Gespräch schließt das wechselseitige Hören auf die Stimme des anderen ein, um Gemeinsames und Eigenes genauer wahrzunehmen und tiefer zu verstehen. Dieser Prozess muss nicht zwangsläufig abgebrochen werden, sollte die Kirche ihren Anspruch auf die kanonische Geltung des Alten Testaments aufgeben, er würde jedoch spürbar verkürzt. Denn gerade der Streit um die Auslegung der Schriften Israels verbindet und trennt beide Religionsgemeinschaften. Er ist für die Kirche um der theologischen Klärung ihres Selbstverständnisses wichtig, denn er lehrt, die eigene Christuserkenntnis im Horizont der pluralen Identitätsdiskurse des antiken (und modernen) Judentums zu begreifen, die der christlich-jüdische Dialog vergegenwärtigt und erneuert.

REFLEKTIRTER UMGANG

Das Alte Testament gehört somit zum Traditionsbestand beider Religionsgemeinschaften. Dies ist jedoch in zweifacher Hinsicht zu präzisieren: Erstens legt der Begriff »Altes Testament« die darunter subsumierte Sammlung von Schriften bereits auf deren kirchlichen Gebrauch fest. Das Judentum kennt selbstverständlich kein »Altes Testament«. Die Hebräische Bibel, der TeNaK, aber ist stets die »kanonische« Urkunde des Judentums geblieben.¹² Ein Verzicht auf die kanonische Geltung des Alten Testaments wäre somit primär das Ergebnis eines kirchlichen Selbstklärungsprozesses, keine Geste des Respekts gegenüber dem Judentum, dessen Umgang mit der eigenen Tradition davon in keiner Weise berührt wird.

Ein zweiter Aspekt tritt hinzu: Das christliche Alte Testament und die Hebräische Bibel sind bekanntlich weder hinsichtlich des Textbestands noch des Textumfangs oder der Textanordnung identisch. Beide Sammlungen verfolgen ein je eigenes Kanonmodell, das den divergierenden hermeneutischen Konzepten geschuldet ist: auf der einen Seite die Sonderstellung der Thora, auf der anderen Seite die Brückenfunktion der prophetischen Bücher. Ist schon in der christlichen Ökumene der Begriff Altes Testament kanonhermeneutisch mehrdeutig¹³, so gilt dies nicht weniger für den christlich-jüdischen Dialog. Das Alte Testament ist eben nicht einfach die Hebräische Bibel – nicht einmal im Protestantismus.¹⁴

Eine christliche Hermeneutik des Alten Testaments im Angesicht des Judentums wird sich der Pluralität kanonischer Schriftauslegung bewusst sein. Sie wird ihre eigene Leseperspektive in den Diskurs jüdischer Schriftthermeneutik hineinstellen. Dies geschieht im gemeinsamen Gespräch über die Texte, das Raum für widerstreitende Rezeptionsweisen offen lässt. Christliche Interpretation des Alten Testaments unter den Bedingungen der Moderne nötigt darüber hinaus zu einem historisch informierten und hermeneutisch reflektierten Umgang mit den Texten. Gerade eine Schriftthermeneutik, die das Evangelium im Sinnhorizont des Alten Testaments liest, ist in der Lage, dessen Eigensinn anzuerkennen und im (selbst-)kritischen Gespräch mit dem Evangelium zu explizieren, um auf diese Weise für beide neue Verstehensmöglichkeiten zu gewinnen.



Prof. Dr. Michael Pietsch lehrt Altes Testament an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau und ist Mitglied im Direktorium des Instituts für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen.

Im Mantel des Propheten

Der Weltrat der Kirchen gegen Israel

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) tut sich seit seinen Anfängen ganz offensichtlich schwer, gegenüber dem Staat Israel eine objektive oder wenigstens eine der mehrheitlichen Meinung seiner Mitglieder entsprechende Haltung einzunehmen. Der Grund dafür scheint die pro-palästinensische Haltung der Kirchen des Nahen Ostens zu sein.

Im August 1948 wurde der ÖRK gegründet, wenige Monate zuvor, im Mai, der Staat Israel. Angesichts der grauenvollen Nachrichten, die über die Vernichtung nahezu des gesamten europäischen Judentums durch Nazi-Deutschland bis dahin bekannt geworden waren, beschließt die Vollversammlung eine klare Absage an »den Antisemitismus, gleichviel welchen Ursprungs, als schlechterdings mit christlichem Bekenntnis und Leben unvereinbar [...] Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und Menschen«.¹

In theologischen Begriffen kann man eigentlich nicht schärfer verurteilen. Nun würde man aus heutiger Sicht wahrscheinlich erwarten, dass der ÖRK auf die Gründung des jüdischen Staates als Zufluchtsstätte für die Überlebenden des Holocaust in Europa positiv reagiert. Doch zur expliziten Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel hat er sich, soweit ich das überblicke, bis heute nicht durchringen können. Immerhin reagierte die Vollversammlung auf die Gründung des Staates Israel mit einer Befürchtung, die implizit die Entstehung des jüdischen Staates wahrnimmt. Sie erwartet nämlich, dass diese »dem christlichen Ringen mit dem jüdischen Problem eine neue, politische Dimension verleiht und den Antisemitismus durch politische Befürchtungen und Feindseligkeiten zu komplizieren droht«.² Diese Erwartung hat sich als self-fulfilling prophecy erwiesen, insbesondere für den ÖRK. Er hat sich immer wieder zum Staat Israel geäußert, doch meistens nur kritisch bis feindselig.

Es gibt allerdings wenige Ausnahmen. 1975 hat der damalige Generalsekretär des ÖRK, Philipp Potter, die UNO-Resolution 3379, in der der Zionismus als eine Form von Rassismus und Imperialismus bezeichnet wurde, scharf kritisiert. Zu den Ausnahmen gehört auch der Versuch (!), auf der 2. Vollversammlung in Evanston (1954) als Teil der Erklärung zu »Christus unsere Hoffnung« auch eine Aussage zur »Hoffnung Israels« abzugeben. Diese wurde allerdings nicht in die Abschlusserklärung aufgenommen, weil die Delegierten arabischer Kirchen sie als politische (d. h. in diesem Zusammenhang immer: als politisch positive) Äußerung zur Existenz des Staates Israel verstanden und abgelehnt haben.³

Ich erwähne dies auch darum, weil sich hier schon sehr früh zeigt, dass der ÖRK sozusagen ein systemimmanentes Problem hat. Er kann nicht einmal eine faire, das Spektrum der Einstellungen seiner kirchlichen Mitglieder widerspiegelnde, geschweige denn eine neutrale Stellungnahme zum palästinensisch-israelischen Konflikt verfassen. Denn er hat in seinen eigenen Reihen Vertre-

**KEINE FAIRE
STELLUNGNAHME**

ter der palästinensischen bzw. anderen Kirchen des Mittleren Ostens, die ihr pro-palästinensisches (und zunehmend anti-israelisches) Narrativ des Konfliktes privilegiert einbringen können. Israel dagegen hat natürlich keinerlei Einfluss auf Entscheidungen des ÖRK, ja offenkundig nicht mal mehr einen einzigen fairen Anwalt seiner Sicht der Dinge. Ich frage mich, warum zum Beispiel nicht die deutsche Vertretung im ÖRK diese Rolle wahrnimmt?

Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten.

(Georg Wilhelm Friedrich Hegel)

WAHRHEITS- WIDRIGE BEHAUPTUNG

Ein gutes Beispiel für diese Parteilichkeit zeigt sich in einer Erklärung, die der ÖRK im Mai 2013 zusammen mit dem Rat der Kirchen im Mittleren Osten zum Abschluss einer Konferenz über »Christliche Präsenz und christliches Zeugnis im Nahen Osten« verfasst hat.⁴ In ihr wird Israel nicht nur für den Konflikt mit den Palästinensern, sondern für alle anderen Nahost-Konflikte verantwortlich gemacht. Allein schon diese These ist innerhalb von Aussagestandards, die den Anspruch erheben, sich im Bereich rationaler politischer Analyse und Argumentation zu bewegen, nicht nachvollziehbar. Selbst der größte Feind des Staates Israel muss einräumen, dass die Aufstände und bürgerkriegsähnlichen Zustände in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens, in Libyen, Tunesien oder Ägypten, dass die Massaker in Syrien oder seit Langem schon die Verfolgung von Christen, die Zigtausende von Toten, Verletzten und Millionen von Vertriebenen, mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt nicht das Geringste zu tun haben, geschweige denn mit Israel. Ein Skandal ist für mich die Behauptung, dass Christen und Muslime von der israelischen Regierung »diskriminiert« werden. Sie ist wahrheitswidrig und redet falsches Zeugnis wider Israel. Nirgendwo sonst im Nahen Osten gibt es eine so ausgeprägte religiöse Toleranz wie in Israel.

Ein Weiteres ist die vorerst letzte Aktion des ÖRK gegen Israel im Zusammenhang der sogenannten »7 Wochen im Zeichen des Wassers«.⁵ 780 Millionen Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, um nur einen Aspekt dieses umfassenden Problems zu nennen. Der ÖRK konzentriert sich allein auf Palästina. In seiner Predigt in der Erlöserkirche in Jerusalem zum feierlichen Beginn dieser Fastenaktion hat der Generalsekretär des ÖRK, Pfarrer Fykse Tveit, u. a. behauptet, dass »80 Prozent des Grundwassers aus den Wasser führenden Schichten der Berge Palästinas unterirdisch bis nach Israel gepumpt wird«.⁶

Diese Behauptung hat Pfarrer Tveit übrigens von der palästinensischen Interessenvertretungsgruppe »EWASH« übernommen. Sie erinnert mich an die mittelalterliche Legende von der »Brunnenvergiftung« durch Juden und setzt voraus, dass es ein Netzwerk von Pumpen und Wasserleitungen in der Westbank gibt, die das Wasser nach Israel leiten. Das ist freilich reine Erfindung. Tatsächlich geht der Regen, der auf den Hügeln Palästinas fällt, seinen geologischen Weg unterirdisch zum Teil bis nach Israel. Israel hat sich darum 1995 im Vertrag Oslo II verpflichtet, einen Teil des Wassers nach Palästina zurückzupumpen und speist diesen in das Wassernetz Palästinas ein. Dass es dieser Verpflichtung nicht nachkommt, wird auch vom ÖRK nicht infrage gestellt. Ich belasse es bei diesem Beispiel.⁷

REINE ERFINDUNG



Der Nahe Osten ist eine der regenärmsten Regionen der Welt. Hier ist Wasser besonders kostbar.

Sinnigerweise hat Pfarrer Tveit als Predigttext zur feierlichen Einleitung der Wasserwochen Jesaja 58,1–12 gewählt. Es reicht, den ersten Vers zu zitieren, um die Ratio seiner Textauswahl zu erkennen: »Rufe aus voller Kehle, halte nicht zurück! Erhebe deine Stimme wie ein Horn und verkünde meinem Volk sein Vergehen und dem Haus Jakob seine Sünden!« Der christliche Generalsekretär des Weltkirchenrats hält im Mantel des Propheten Israel als dem gegenwärtigen Haus Jakob seine angeblichen Sünden vor. Hier wird für meinen Geschmack eine Grenze überschritten, die wir im christlich-jüdischen Dialog zu beachten gelernt haben: dass wir nicht mehr – wie in den Zeiten des christlichen Antijudaismus – die jüdische Bibel instrumentalisieren und gegen das jüdische Volk wenden.

Man nennt die hier dargestellte Art des politischen Engagements des ÖRK neuerdings »öffentliche Theologie«. Dabei geht es im Allgemeinen darum, dass sich führende Repräsentanten und Repräsentantinnen der Kirchen (ob evangelisch oder katholisch) öffentlich in Diskurse über umstrittene politische Probleme der Gesellschaft einmischen. Die theologische Rechtfertigung ihrer (politisch wie ethisch bisweilen umstrittenen) Stellungnahmen müssen in der Regel biblische Verse beisteuern. Diese dienen gleichsam als religiöse Überhöhung der eigenen politischen Meinungen, oft genug nur von einer Funktionärselite ohne Befragung des Kirchenvolks bzw. seiner parlamentarischen Vertretungen geäußert.



Prof. em. Dr. Wolfgang Stegemann ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Kirche und Israel«, bis 2010 lehrte er Neues Testament an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau.

Selbst wenn es denn stimmen würde (was es aber nicht tut), dass Israel den Palästinensern das Wasser stiehlt, hätte es dann nicht gereicht, eben dies öffentlich zu kritisieren, ohne Verweis auf Bibeltex te und feierlich liturgisch dekorierte Verlautbarungen in Gottesdiensten? Übrigens: Ich hatte es so verstanden, dass die 7 Wochen der christlichen Fasten- und Bußzeit vor Ostern eigentlich dazu dienen, dass wir Christinnen und Christen, jeder und jede einzelne von uns, in uns gehen. Nicht aber, dass wir andere (und dann noch wahrheitswidrig) beschuldigen und sie zur Buße auffordern. Dass gerade in der Fastenzeit im Mittelalter Juden in besonderer Weise angefeindet und verfolgt wurden, wirft einen düsteren Schatten auf die antiisraelische Inszenierung in der lutherischen Erlöserkirche Jerusalems durch Pfarrer Tveit.

- 1 Rolf Rendtorff / Hans Hermann Henrix (Hg.), *Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945 bis 1985*, Paderborn/München 1988, 326. Zum Thema siehe ausführlicher: http://www.kirche-und-israel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=173&Itemid=67
- 2 Ebd.
- 3 Rendtorff / Henrix, a. a. O., 330, die auch den abgelehnten Wortlaut zitieren.
- 4 http://www.oikoumene.org/de/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/middle-east-peace/statement-on-christian-presence-and-witness-in-the-middle-east?set_language=de
- 5 <https://water.oikoumene.org/de/whatwedo/seven-weeks-for-water/2016>
- 6 <http://www.oikoumene.org/en/resources/documents/general-secretary/sermons/launch-of-seven-weeks-for-water-2016>
- 7 Mehr: <http://www.gatestoneinstitute.org/7565/world-council-of-churches-water>

»Ihr seid nicht Kinder der Verheißung«

Die Reformatoren und die Juden

In den aktuellen Debatten um Luthers sogenannte Judenschriften werden zwei Grundprobleme sichtbar: Die Debatten konzentrieren sich zum einen weitgehend auf Martin Luther, und sie konzentrieren sich zum anderen auf nur wenige Stellen aus zwei seiner Schriften. Dabei haben alle Reformatoren zum Thema Judentum Stellung bezogen.

Sie taten das ganz grundsätzlich, wenn sie die Bibel auslegten. Und sie taten dies auch konkret, wenn sie Gutachten erstellten, ob und wie Juden in bestimmten Territorien und Reichsstädten geduldet oder vertrieben werden sollten. Die theologische Argumentation, die sie vorlegten, hatte politische und soziale Auswirkungen.

Auffällig oft ist die Rede von Juden, wenn die Gelehrten miteinander stritten, sowohl die Anhänger verschiedener Strömungen der Reformation untereinander als auch Altgläubige mit Anhängern der Reformation. Wenn einzelne Autoren ihre Position gegen eine andere abgrenzten oder verteidigten, taucht regelmäßig der Vorwurf auf, die Vertreter der abweichenden Meinung würden »judaisieren« oder ins Judentum zurückfallen, also nach damaligem Verständnis jüdische Irrlehren in die christliche Lehre einbringen. Wer »judaisierte«, also scheinbar Juden nachahmte, galt als vom wahren Glauben abgefallen.¹

Während mittelalterliche antijüdische Legenden von angeblichen Ritualmorden, Brunnenvergiftungen oder Hostienfreveln bei den Vertretern der Reformation in den Hintergrund traten und von einigen Reformatoren sogar massiv als Aberglaube zurückgewiesen wurden, propagierten diese andere traditionelle judenfeindliche Stereotype weiterhin – nun unter den Vorzeichen reformatorischer Theologien.

DER VORWURF DES »VERWORFENEN VOLKS«

So galten die Juden den Reformatoren als verworfenes Volk, das unter dem Zorn Gottes steht, weil es sich der Wahrheit widersetzt, die in seiner Bibel steht. Der Zürcher Reformator Heinrich Bullinger fasste diese Grundüberzeugung so zusammen: »Die gesamte Ehre des Volkes Gottes ist auf die Christen übergegangen [...]; sie urteilen recht über das Gesetz und den Bund des Herrn; sie haben die heiligen Schriften, und bei deren Auslegung sind sie mit Erfolg gesegnet; sie haben das wahre Heiligtum, den höchsten Priester, den wahren Altar der Rauch- und Brandopfer, nämlich Christus; sie haben den wahren Gottesdienst, der einst in den religiösen Handlungen vorabgebildet war [...] Nunmehr sind wir das auserwählte Volk.« Und deshalb gelte: »Ihr Juden seid nicht Kinder der Verheißung, denn ihr glaubt nicht an den, den Gott euch gesandt hat. Folglich seid ihr nicht das Volk Gottes.«²

Einig waren sich die Reformatoren darin, dass von den Frommen des Alten Testaments, den Ervätern und Propheten, eine direkte Linie nur in die christliche Kirche hineinführte. Und diese war für sie ausschließlich die Kirche der Reformation, denn Juden wie auch römische Katholiken verfehlten den Sinn und die Bestimmung der Heiligen Schrift. Beide würden sich nur auf ihre eigenen Leistungen und Regeln stützen und das Gesetz einhalten, um bei Gott Gerechtigkeit und Anerkennung zu finden.

¹ Vgl. dazu mit zahlreichen Beispielen Achim Detmers, *Reformation und Judentum. Israel-Lehren und Einstellungen zum Judentum von Luther bis zum frühen Calvin*, Stuttgart u. a. 2001.

² Zitate nach Detmers, *Judentum*, 173.

Diese Negativfolie des Judentums als »Leistungsreligion« diente den Reformatoren auch als Polemik gegenüber der spätmittelalterlichen Theologie und der Papstkirche. Nach Philipp Melancthon beispielsweise setzte sich in der römischen Kirche der Teil des jüdischen Volkes fort, der immer schon die Lehre falsch verstanden habe. Das Judentum galt als Inbegriff der Religion der Werkgerechtigkeit, der die wahre Kirche gegenüberstehe. Grundlegend war dabei die Vorstellung, dass Juden sich durch die Erfüllung der Vorschriften des Gesetzes ihren Lohn bei Gott erarbeiten und verdienen wollten. Insofern war für die Reformatoren auch die römisch-katholische Kirche jüdisch und Luther konnte sagen, die »Papisten« – also die römisch-katholischen Anhänger des Papstes – sind »unsere Juden«.³ Das Klischee von der jüdischen Gesetzlichkeit bildet sozusagen bei Luther das Gegenstück zur evangelischen Freiheit.

Luther hat über die sogenannten Judenschriften hinaus in zahlreichen Schriften seine Sicht auf Juden und das Judentum dargestellt. Die Spanne reicht von seiner ersten Psalmenvorlesung im Jahr 1513/15 bis zu seiner letzten Predigt in Eisleben, wenige Tage vor seinem Tod 1546. Zeitlebens hat ihn der Umstand beschäftigt, dass es Juden gibt, die nicht die christliche Wahrheit anerkennen, so wie er sie verstand.⁴ Für ihn stand fest: Aus dem Alten Testament geht unzweifelhaft hervor, dass Jesus von Nazareth der verheißene Messias ist. Als Bibelausleger versucht Luther immer wieder zu zeigen, dass man nur von Jesus Christus her das Alte Testament richtig verstehen kann.

AUSNAHMENPOSITIONEN
BEI LANDGRAF PHILIPP
VON HESSEN UND
URBANUS RHEGIUS: »DIE
JUDEN LIEBEN UM DER
HEILIGEN VÄTER WILLEN.«

Im Blick auf die oben genannten vorherrschenden Deutungen begegnet bei Landgraf Philipp von Hessen eine erstaunlich andere Sichtweise, wenngleich er diese in der hessischen Judenordnung schließlich nicht gänzlich gegen Martin Bucer und die hessischen Theologen durchzusetzen vermochte.⁵ Sie zeigt auch Folgen einer eigenständigen Bibellektüre und -aneignung, die unter den allermeisten theologischen Positionen der Zeit als außergewöhnlich gelten kann.

So argumentierte Philipp von Hessen von der Stellung der Juden in der (christlichen) Heilsgeschichte aus. Mit Röm 11 wies er darauf hin, dass die Juden ein »herrlich Geschlecht« seien, aus dem auch Christus hervorgegangen sei. Das Gesetz, der Gottesdienst und die Verheißung Gottes seien zuerst dem jüdischen Volk zuteilgeworden. Das Volk Israel sei das Volk der Juden, und es habe eine eigenständige Position in Gottes Heilsplan. Der Landgraf setzte sich damit der gängigen theologischen Meinung entgegen und hielt an der bleibenden Erwählung der Juden fest. Die Juden seien aufgrund ihrer Stellung in der Heilsgeschichte als Volk Gottes und tragende Wurzel anzuerkennen und um der Väter willen zu lieben.

Der theologischen Begründung Philipp von Hessens ist der Reformator des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg, Urbanus Rhegius, an die Seite zu stellen. Rhegius zählte zu Luthers Anhängern und stand als christlicher Hebraist im Austausch mit jüdischen Gelehrten und Gemeinden. Eine wichtige Rolle für seine Äußerungen spielte seine aus Augsburg stammende Frau Anna Weissbrücker, die ebenfalls theologisch gebildet war und Hebräisch gelernt hatte. Im Unterschied zu den Braunschweiger Geistlichen oder dem späten Luther hielt Rhegius fest an seinem Plädoyer für die Tolerierung der Juden. Rhegius setzte überdies seine Studien und den Austausch mit jüdischen Gemeinden und Gelehrten fort.

Rhegius argumentierte wie Phillip von Hessen vor allem mit dem 11. Kapitel des Römerbriefs. Mit Röm 11,18 warnte er einerseits die Christen vor Selbstruhm und erinnerte andererseits an die paulinische Erwartung einer endzeitlichen Rettung aller Juden (Röm 11,25 f.). In Anlehnung an Röm 11,28 forderte er, die Juden zu »lieben um der heiligen Väter willen, denen die Heil bringenden Verheißungen gegeben worden sind«, und zwar

3 »Papistas, Iudaeos nostros«, *Galaterbriefvorlesung 1531*, WA 40, I, S. 336, 13.

4 Vgl. dazu Thomas Kaufmann, *Luthers Juden*, Stuttgart 2014, hier: 7–17.

5 Die Darstellung hier folgt Gury Schneider-Ludorff, *Die Haltung der Reformatoren zu den Juden*, in: Mariano Delgado, Volker Leppin, David Neuhold (Hg.), *Schwierige Toleranz. Der Umgang mit Andersdenkenden und Andersgläubigen in der Christentumsgeschichte*, Freiburg – Stuttgart 2012, 51–62.

6 Vgl. Zu Rhegius insgesamt s. Scott J. Hendrix, *Tolerance of the Jews in the German Reformation: Urbanus Rhegius and Braunschweig (1535–1540)*, in: *Archiv für Reformationsgeschichte* 81 (1990), 189–215; Vgl. Peter von der Osten-Sacken, *Martin Luther und die Juden. Neu untersucht anhand von Anton Margarit-*



Theologische Disputation zwischen Juden und Christen, gemalt von Konrad Dinckmut, 1488. (Bild: Bibliothèque municipale de Colmar)

has »Der gantz Jüdisch glaub« (1530/31), Stuttgart 2002, hier: 266. Bis zu einem gewissen Grad ähnlich argumentierte auch der Nürnberger Reformator Andreas Osiander in seinem Gutachten gegen einen Ritualmordvorwurf. Vgl. dazu von der Osten-Sacken, Luther, 253–259.

- 7 Vgl. dazu Kaufmann, Luthers Juden, S. 87–98.
8 Vgl. dazu jetzt David Nirenberg, Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens, München 2015.



Dr. Gury Schneider-Ludorff ist Professorin für Kirchen- und Dogmengeschichte an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau sowie Mitglied im Direktorium des Instituts für christlich-jüdische Studien und Beziehungen.

unbeschadet der Tatsache, dass sie »unsere Feinde« seien, »insoweit sie bis jetzt die Wahrheit des Evangeliums mit blindem Eifer verfolgen«.⁶

In der Regel eint die allermeisten Reformatoren unterschiedlichster Prägung eine grundsätzliche Ablehnung des Judentums, auch wenn einige Luthers Schärfe abgelehnt haben. Elemente dieser antijüdischen Einstellung sind die Überzeugungen, dass die Judenheit verblendet sei, den Sinn des Alten Testaments verdrehe, sich selbst zu erhöhen und mit eigenen Werken Anerkennung bei Gott zu verdienen versuche. Weiter erkenne sie nicht die Botschaft, die ihr gegeben ist, habe Christus getötet und erfahre den Zorn und den Fluch Gottes in den drückenden Bedingungen, unter denen sie nunmehr leben müsse. Diese religiösen Vorurteile mischten sich mit gesellschaftlichen Vorurteilen gegen Juden wie etwa deren angeblicher Gewinnsucht und Ausbeutung der übrigen Bevölkerung oder ihrer Abneigung gegenüber körperlicher Arbeit.

Wenn auch bestimmte Vorurteile an Bedeutung verloren, weil sie mit abgelehnten Frömmigkeitspraktiken verknüpft waren, überdauerte das zeitgemäß aktualisierte antijüdische Ressentiment die reformatorischen Aufbrüche nicht nur, sondern entfaltete teilweise auch mit verschiedensten Schriften und Gutachten unter dem Namen verehrter und als Autorität geltender Lehrer der Reformation eine neue Dynamik, etwa im Bereich der Gegenüberstellung von Glaube und Werken oder Gesetz und Evangelium.⁷

Die Abgrenzung von vermeintlich Jüdischem ist also kein Nebenthema Luthers oder der anderen Reformatoren, auch wenn diese vielleicht nicht mit eigenen »Judenschriften« an die Öffentlichkeit getreten sind, in denen sie ihre Vorstellungen entfalten. Es sind die Begriffe »Judentum« und »Juden«, die seit Jahrhunderten als Negativfolie schlechthin galten. Deshalb belegte man mit ihnen Gegner oder diejenigen, gegen die man sich selbst abgrenzen wollte.

Es geht also im Blick auf den Umgang mit der aktuellen Debatte um Luthers sogenannte Judenschriften nicht nur um die offensichtlichen antijüdischen Positionen und Spitzenaussagen, sondern es geht um implizite antijüdische Traditionen der christlichen Theologie, die unterschwellig reproduziert, an die jeweilige Situation angepasst und – gegebenenfalls mit den Namen von Autoritäten verbunden – weitertradiert werden.⁸

»Mehr als Steine«

Der Synagogen-Gedenkband Bayern

Die Synagogen, die in Bayern im Zusammenhang des Novemberpogroms 1938 zerstört wurden, waren nicht zuletzt auch Aussagen über kulturelle Identität sowie Ausdruck von Lebensgefühl. Sie ließen Lebensanschauung manifest und anschaulich werden – kurzum: Es handelte sich um mehr als Steine.

Als der amerikanische Architekt Daniel Libeskind im Jahr 2010 die Buber-Rosenzweig-Medaille für seine Verdienste um die Verständigung von Juden und Christen erhielt, sagte er in einem Interview: Architektur, das sei mehr als nur das Berechnen und Hochziehen von Mauern und Dächern und auch mehr als nur Ausdruck von Ästhetik. In der Architektur drücke sich Lebensgefühl aus. In der Architektur werde Lebensanschauung manifest und anschaulich. Architektur sage etwas aus über kulturelle Identität.

Das gilt auch für die jüdischen Gotteshäuser. Jüdisches Leben in Bayern gab es wohl bereits zur Zeit der Herrschaft der Römer. In Bayern ansässige jüdische Kaufleute betätigten sich im Donau-Fernhandel. Den ersten urkundlich gesicherten Hinweis bildet eine Erwähnung aus dem Jahr 981: Ein gewisser Samuhel verkauft dem Regensburger Kloster St. Emmeram ein Grundstück.¹

Bis ins 20. Jahrhundert war die Geschichte der Juden in Bayern von Phasen friedlichen Zusammenlebens mit der übrigen Bevölkerung, aber eben auch von Phasen irrationaler Verfolgung und Unterdrückung geprägt. Um das Jahr 1900, der »Blütezeit jüdischen Lebens« in Bayern, gab es ein jüdisches Bürgertum mit ca. 45.000 Personen, die »heimatverbunden« und »zumeist national und wertkonservativ gesinnt« waren (Heusler). Doch bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann dies zu erodieren. Und mit der Machtübernahme 1933 sahen sich Juden der sukzessiven Entrechtung und Verdrängung aus der Gesellschaft, der Deportation und schließlich dem Massenmord ausgesetzt. Der Novemberpogrom von 1938 bedeutet hier einen dramatischen Einschnitt auf dem Weg zum (vorläufigen) Ende jüdischen Lebens in Bayern.

Als Professor Meier Schwarz (sprich: Me'ir) aus Jerusalem, geboren 1926 in Nürnberg, Ende der 1980er-Jahre in seine Geburtsstadt kam, suchte er nach Hinweisen auf seine frühere Synagoge in der Essenweinstraße, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten »Kristallnacht« zerstört wurde, nachdem bereits am 7. Nov. 1938 eingebrochen und die Thorarollen und der Silberschmuck gestohlen worden waren. Keine Tafel o. Ä. fand sich als Hinweis auf die ehemalige Synagoge der Gemeinde Adass Jisroel, der er zugehörte. Dies war für ihn ein Impuls, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man der ehemaligen jüdischen Gotteshäuser in der Bundesrepublik sachgemäß gedenken könne. Er gründete das »Synagogue Memorial«, das es sich zur Aufgabe machte, die Synagogen im ehemaligen Deutschland zu dokumentieren, die im Umfeld des Novemberpogroms 1938 (der mehr als nur eine Nacht dauerte) zerstört wurden.

**FÜR JEDE ZERSTÖRTE
SYNAGOGE EIN
GEDENKBLATT**

Seinerzeit konnte man in Geschichtsbüchern noch lesen, es seien 191 Synagogen verbrannt und weitere 76 demoliert worden, also insgesamt 267 vom Pogrom betroffen gewesen. Diese Zahl entstammte einer auf ein bestimmtes Gebiet bezogenen Zwischenbilanz. Meier Schwarz und seinen Mitarbeitenden wurde schnell deutlich, dass es sehr viel mehr gewesen sein mussten, nämlich zwischen 1.000 und 1.500. Ziel des Projektes von Meier Schwarz war es damals, jedem jüdischen Gotteshaus, das im Umfeld des Novemberpogroms zerstört oder entweiht wurde, ein Gedenkblatt zu widmen.

Der erste Band mit einer solchen Dokumentation erschien 1999 unter dem Titel: »Feuer an dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938. Nordrhein-Westfalen«. 257 Synagogen allein in Nordrhein-Westfalen fielen der Zerstörung im Umfeld der Pogromnacht zum Opfer. Weitere Bände über Rheinland-Pfalz und das Saarland² sowie über Baden-Württemberg³ folgten.

AUCH DIE LEBENS- GESCHICHTEN DER MENSCHEN

Das bayerische Projekt startete im Jahr 2002. Ziel des Gedenkbandes war es von vornherein, nicht nur ehemalige Synagogen sowie deren Geschichte und Zerstörung zu präsentieren. Vielmehr sollten die mit den Synagogen verbundenen Geschichten der Menschen und die Geschichten der Gemeinden im Zentrum stehen. Es sollten deren kulturelle Identität und deren Lebensgefühl veranschaulicht werden.

Band I mit ca. 50 Synagogenorten aus den heutigen Regierungsbezirken Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern und Schwaben erschien im Jahr 2007⁴, Band II mit 45 Synagogenorten aus dem heutigen Regierungsbezirk Mittelfranken im Jahr 2010.⁵

Im heutigen Regierungsbezirk Unterfranken waren in den 1930er-Jahren nach derzeitigem Erkenntnisstand 112 Synagogen in Gebrauch. Unterfranken hatte die größte Dichte von Synagogengemeinden in Deutschland im betreffenden Zeitraum. Die Entscheidung, die Darstellung auf zwei Halbbände aufzuteilen, war unumgänglich. Bei der Erstellung der Dokumentation zu Unterfranken waren nach dem Ausscheiden von Mitarbeitenden inzwischen neue hinzugekommen: Axel Töllner, Hans Schlumberger und Gerhard Gronauer. Nach der Emeritierung von Berndt Hamm (Erlangen) traten Gury Schneider-Ludorff (Kirchenhistorikerin in Neuendettelsau) und Hans-Christoph Dittscheid (Kunsthistoriker in Regensburg) in die Herausgeberschaft ein.

Band III/1 konnte im Juli 2015 der Öffentlichkeit präsentiert werden. Er enthält ca. 50 Artikel zu Stadt und Landkreis Aschaffenburg, Landkreis Main-Spessart, Landkreis Miltenberg sowie Stadt und Landkreis Würzburg. In einem einleitenden Aufsatz hat Roland Flade (Würzburg) die Verwurzelung unterfränkischer Juden in der Gesellschaft eindrücklich aufgezeigt. Ursprünglich bestand die Meinung, die unterfränkischen Archive wären durch Kriegseinfluss weitgehend zerstört worden. Das hat sich als Irrtum erwiesen. Allerdings hat es zusätzliche Arbeit und dem Band einen größeren Umfang beschert. Die das Projekt finanzierenden Stellen haben die sukzessive Ausweitung mitgetragen.

Derzeit befindet sich Band III/2 in Bearbeitung. Er soll die Orte des östlichen und nördlichen Unterfranken enthalten: die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld sowie Stadt und Landkreis Schweinfurt.

Dennoch ist die Dokumentation noch nicht allumfassend. Standorte von Synagogen, die nur eine Zeit lang existierten oder bereits vor 1930 aufgegeben wurden, konnten nicht im Detail aufgenommen, sondern nur im Anhang erwähnt werden. Die zeitliche Eingrenzung war arbeitstechnisch begründet.

1 S. Andreas Heusler, *Zur Geschichte der Juden in Bayern*, in: Wolfgang Kraus / Berndt Hamm / Meier Schwarz, Hg., *Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern 1 (Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern, Schwaben)*, Lindenberg/Allg. 2007, 19–28: 19.

2 »Und dies ist die Pforte des Himmels«, bearb. von Stefan Fischbach / Ingrid Westerhoff / Joachim Glatz, hg. vom Landesamt für Denkmalpflege, Mainz 2005.

3 »Hier ist nichts anderes als Gottes Haus«. *Synagogen in Baden-Württemberg*, Bd. 1 Jürgen Krüger, *Geschichte und Architektur*, Bd. 2 Joachim Hahn, *Orte und Einrichtungen*, Stuttgart 2007.

4 Barbara Eberhardt und Angela Hager erarbeiteten die Ortsartikel, Cornelia Berger-Dittscheid, Hans-Christof Haas und Frank Purrmann erstellten die architektur-historischen Beschreibungen und Andreas Heusler steuerte einen Abriss der Geschichte der Juden in Bayern bei.

5 Barbara Eberhardt, Cornelia Berger-Dittscheid, Hans-Christof Haas und Angela Hager

verfassten die Ortsartikel. Frank Purrmann half mit bei der Architektur. Kathrin Kessler lieferte einen Beitrag zum Thema Gotteshaus und Gottesdienst im Judentum. Axel Töllner übernahm die Organisation.

- 6 Vgl. Abschnitt III/2 (Themen der Weiterarbeit) der Erklärung der kirchenleitenden Organe der ELKB zum Thema »Christen und Juden« vom 24. November 1998, in: Hans Hermann Henrix / Wolfgang Kraus, Hg., *Die Kirchen und das Judentum II. Dokumente von 1986–2000*, Gütersloh 2001, 807–814, sowie Arbeitsbericht des Arbeitsausschusses »Christen und Juden« vom 24. November 1998, in: Henrix/Kraus, *Kirchen*, 814–831.
- 7 Der Verein zur Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs in der ELKB »Begegnung von Christen und Juden (BC. Bayern)« hat das Projekt von Beginn an mitgetragen. Die Eberhard-Ossig-Stiftung, Bad Neustadt, die Regensburger Universitätsstiftung Lucia und Dr. Otfried Eberz, weitere universitäre und außeruniversitäre Stiftungen von Sparkassen und Banken sowie die bayerischen Bezirke haben durch finanzielle Förderung die Dokumentation ermöglicht. Die Geldgeber sind im Einzelnen aufgeführt auf S. IV von Band III/1.



Dr. Wolfgang Kraus ist Professor für Neues Testament an der Universität des Saarlandes und Mitglied im Direktorium des Instituts für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen. Für sein Engagement im Synagogenprojekt bekam er das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.



Wolfgang Kraus, Hans-Christoph Dittscheid und Gury Schneider-Ludorff in Verbindung mit Meier Schwarz (Hg.)

*MEHR ALS STEINE
Synagogen-Gedenkband Bayern
BAND III/1*

*Kunstverlag Josef Fink
Lindenberg im Allgäu 2015
916 Seiten, ca. 900 Abb.
49,90 Euro
ISBN 978-3-89170-449-6*

Das Projekt Synagogen-Gedenkband Bayern steht im Kontext einer übergreifenden Dokumentation der Synagogen in Deutschland. Bei der Erarbeitung des bayerischen Gedenkbandes waren erstmals Vertreter evangelisch-theologischer Lehrstühle beteiligt. Man darf diese Zusammenarbeit mit Beth Ashkenaz, dem Synagogue Memorial in Jerusalem, als ein Zeichen gewachsenen Vertrauens zwischen Christen und Juden werten. Die Projektleiter haben das Projekt von Anfang an verstanden als substantziellen Beitrag zu der von den christlichen Kirchen in verschiedenen Erklärungen ausdrücklich formulierten Aufgabe, die Geschichte des Verhältnisses von Christen und Juden auf verschiedenen Feldern aufzuarbeiten.

Für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) sind hier die Erklärung zum Thema »Christen und Juden« vom November 1998 und die Ergänzung der Kirchenverfassung von 2012 einschlägig. In beiden Fällen ging es zentral darum, die bleibende Erwähnung des jüdischen Volkes und die wurzelhafte Verbindung von Kirche und Synagoge zum Ausdruck zu bringen. Die Erklärung von 1998 forderte darüber hinaus explizit die Bearbeitung der Geschichte der ELKB insbesondere in der NS-Zeit.⁶

Landesbischof und Landeskirchenrat der ELKB haben in Aufnahme ihrer 1998 übernommenen Selbstverpflichtung das Projekt nicht nur ideell unterstützt, sondern auch den Hauptanteil der finanziellen Förderung getragen. Den zweiten großen Anteil ideeller und finanzieller Unterstützung lieferten das Kultusministerium des Freistaates Bayern, die Bayerische Landesstiftung und die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Ohne weitere Förderinstitutionen wäre das Projekt nicht zu realisieren gewesen.⁷

Der Synagogen-Gedenkband Bayern stellt ein Gemeinschaftsprojekt dar, an dem viele Hände beteiligt waren. Neben den Mitarbeitenden haben vor allem Lokalhistoriker durch ihre Kenntnis der Ortsgeschichte und der Vermittlung von Zeitzeugen einen unschätzbaren Beitrag geleistet.

Deutschlands zweite Chance

Ein Zwischenruf zur Integrationsdebatte

Die derzeitige Debatte um die Frage nach einer gelingenden Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft erinnert ein wenig an die Auseinandersetzung um die »angemessene« Kindererziehung. Alle wissen, dass pädagogische Konzepte und Interventionen notwendig sind, aber welche Ansätze überzeugen und sich schließlich durchsetzen, ist in unserer pluralen Gesellschaft immer strittig.

Über den Integrationsbegriff ist ebenso wenig ein Konsens herstellbar. Dies hat im Wesentlichen mit dem Menschen- und Gesellschaftsbild zu tun, das diesem Begriff zugrunde liegt. Zunächst einmal lassen sich einige soziologische Perspektiven benennen, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft erforderlich sind: Hierbei handelt es sich nicht um ideologische, sondern um funktionale Teilbereiche dieses großen Begriffs »Integration«. Unterschieden wird zwischen der sozialen, kulturellen, ökonomischen und rechtlichen Einbindung in eine Gesellschaft. Ziel dieses Prozesses ist die schrittweise aktive Teilhabe der Individuen an den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, sodass sie motiviert werden, sich mit der Gemeinschaft und ihren zentralen Wertorientierungen zu identifizieren. Der hier beschriebene Verlauf gilt für alle Mitglieder der Gesellschaft, ganz gleich, ob sie mit oder ohne Migrationshintergrund sind.

DAUERHAFT LIAISON UNERWÜNSCHT

Zur Erinnerung: Die Angst vor dem Terror sowohl des Assad-Regimes als auch der Mörderbanden des »Islamischen Staats« oder anderer islamistischer Gruppen trieb sie in Flüchtlingsboote, mit denen sie – im besten Fall – in Europa ankommen und sich auf den Weg machen. Deutschland war für die meisten von ihnen das Ziel, das gelobte Land. Sie wissen kaum etwas über das Land ihrer Wahl, aber das, was sie wissen, reicht ihnen, um sich eine vermeintlich gesicherte Zukunft in Mitteleuropa auszumalen.

Deutschland öffnete de facto seine Grenzen. Doch mit Ankunft der Flüchtlinge begann die eigentliche Herausforderung: In der Regel haben die Migranten eine grundlegend andere religiöse, kulturelle, soziale und politische Sozialisation erfahren als die meisten Bundesbürger. Die Herkunftsländer zeichnen sich dadurch aus, dass deren politisches System weder demokratisch noch liberal ist, von Rechtsstaatlichkeit kann keine Rede sein.

Durch die Fluchterfahrungen sind viele in ihrer Lebensplanung zutiefst verunsichert oder gar traumatisiert, sodass sie sich zunächst in der Aufnahmegesellschaft kaum orientieren können. Beruflich erlernte Kompetenzen oder individuelle Fähigkeiten, über die sie in ihrer Herkunftsgesellschaft verfügt haben, werden in Deutschland ebenso wenig erkannt oder anerkannt wie ihr ehemaliger sozialer Status. Die hier beschriebene biografische Situation findet ihren Ausdruck in dem Begriff »Kulturschock«.

Und hier beginnt ein Déjà-vu: Sind wir nicht in einem Film, den wir alle schon einmal gesehen haben? Vor 60 Jahren begann die Arbeitsmigration nach Deutschland, die das Land gravierend verändern sollte. Sogenannte Gastarbeiter wurden aus anderen Ländern angeworben; sie versprachen durch ihre Arbeit den

Wirtschaftsaufschwung dadurch zu stabilisieren, dass sie den Arbeitskräftemangel kompensierten. Beide Parteien – die Arbeitsmigranten wie auch die deutsche Gesellschaft – gingen davon aus, dass die Gastarbeiter nach getaner Arbeit in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Eine dauerhafte Liaison war weder vorgesehen noch erwünscht. Wie wir wissen, ging die Geschichte aber völlig anders aus. Ein Großteil der Migranten blieb in Deutschland, ohne dass sich Deutschland als Einwanderungsland verstand. So entwickelten sich »hinter dem Rücken« der Aufnahmegesellschaft migrantische Lebensformen, die nicht selten auf Unverständnis oder Ablehnung bei der Mehrheit stießen.

KONSEQUENTE ERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE

Erst Jahrzehnte nach dem Beginn der Zuwanderung erkannten die politisch Verantwortlichen, dass Integration gestaltet, rechtlich abgesichert, finanziert und sozialpädagogisch unterstützt werden muss. Der Preis für die verspätete Einsicht ist hoch: Neben und wegen einer hohen Schulabbrecherquote unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben sich teilweise parallelgesellschaftliche Strukturen entwickelt, in deren Rahmen eine religiös motivierte Radikalisierung von vorwiegend jungen muslimischen Männern zu beobachten ist.

Ein Großteil der »klassischen« Migranten hat inzwischen Deutschland als Lebensmittelpunkt gewählt und plant seine Zukunft in diesem Land. Deutsche und Zuwanderer, zum Teil bereits in dritter Generation, haben sich arrangiert, eine Art stabiler Vernunft-ehe, um die uns manche Nachbarstaaten beneiden. Krisen und Konflikte sind bei dieser Konstellation weder ausgeschlossen noch überraschend.

*Freunde sollten nur bei glücklichen
Gelegenheiten und nur nach einer
Einladung erscheinen. In Augenblicken der
Not – ohne Aufforderung.*

(Isokrates)

Und wie steht es um die Flüchtlinge? Der von ihnen geäußerte Wille, in Deutschland bleiben zu wollen, geht naheliegenderweise mit der Bereitschaft einher, sich auf die gesellschaftlichen und politischen Spielregeln des Aufnahmelandes einzulassen. Gleichwohl ist dieses Integrationsprojekt zum Scheitern verurteilt, wenn die notwendige Infrastruktur seitens der Aufnahmegesellschaft nicht zur Verfügung gestellt wird. Hierzu zählen Wohnungen, Arbeit, Sprachunterricht und Bildungsangebote. All dies wird nur im Zusammenhang mit einer konsequent durchgeführten Demokratieerziehung fruchten, deren Ziel es sein muss, die grundgesetzlich verankerten Rechte und Pflichten kennen-, würdigen und befolgen zu lernen.

Im Falle der Flüchtlinge stellt sich jedoch zunächst einmal die Frage, ob ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass sie in Deutschland bleiben sollen. Unabhängig von dieser Einschätzung schreibt das Asylrecht vor, dass Personen aus Bürgerkriegsländern nicht in ihre Heimat abgeschoben werden dürfen, da ihnen dort Verfolgung oder gar der Tod drohen könnte. Da damit zu rechnen ist, dass die Befriedung der nahöstlichen Bürgerkriege noch lange auf sich warten lässt und die überwiegend traumatisierten Flüchtlinge in absehbarer Zeit nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollen und können, stellt sich die Frage nach einem intelligenten und zukunftsorientierten Umgang mit der Situation.

Deutschland hat es in den ersten Jahrzehnten der Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg versäumt, die Tatsache anzuerkennen, dass der Prozess der Immigration irreversibel ist. Erst 50 Jahre nach dem Beginn der Anwerbung von Arbeitsmigranten entschied sich die politische Mehrheit, die Realitäten juristisch zu sanktionieren.

In all diesen Jahren migrationspolitischer Passivität gab es eine Ausnahme: Die Aufnahme der russischsprachigen jüdischen Zuwanderer wurde durch diverse Angebote unterfüttert, die eine Integration in und eine Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft ermöglichen sollten. Und dies wurde zu einer wahrhaften Erfolgsgeschichte.

Deutschland erhält nunmehr eine zweite Chance, sich bewusst auf die Eingliederung und Einbindung von Hunderttausender Menschen aus uns kaum vertrauten sozialen und kulturellen Kontexten einzulassen. Integration ist ein Angebot, das von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund angenommen oder abgelehnt werden kann. Wenn die aufnehmende Gesellschaft die notwendigen einladenden Schritte unternimmt, wird es nur wenige unter den Zuwanderern geben, die ein solches Angebot nicht wahrnehmen können oder wollen. Der gesellschaftliche Druck innerhalb der Flüchtlingscommunity wird so groß sein, dass eine selbst gewählte Ausgrenzung entsprechend gehandelt wird. Wer sich dennoch für den Weg des abweichenden oder kriminellen Verhaltens entscheidet, wird selbstverständlich mit der Härte des Gesetzes bestraft. Auf diese berechenbare Reaktion unseres Justizapparates sollte natürlich Verlass im Rechtsstaat sein.

MIT DER SCHOAH UND IHREN KONSEQUENZEN AUSEINANDERSETZEN

Das liberale Integrationskonzept impliziert ebenso wie das Grundgesetz, dass jeder Mensch das Recht hat, sich kulturell und religiös zu entfalten. Die Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung unter den Geschlechtern sind hehre und erkämpfte Werte in unserer Gesellschaft. Konflikte und Reibungen sind bei der Durchsetzung dieser Überzeugungen voraussehbar. Hier gilt es zu erklären, zu werben und engagiert für die eigenen Positionen zu streiten. Zugleich müssen wir aufmerksam sein, um Formen der Unterdrückung, die im Namen religiöser oder kultureller Traditionen praktiziert werden, rechtzeitig zu skandalisieren und gegebenenfalls rechtliche Schritte einzuleiten.

Integration beruht auf der Überzeugung, dass der Weg in die Gesellschaft sich lohnt. Wir können den vorbildhaften und Erfolg versprechenden Voraussetzungen unseres Gesellschaftssystems trauen und diesem zutrauen, die beschriebene Herausforderung zu meistern, ohne Zwang, aber mit klaren, transparenten Strukturen, die den Weg vom Rand in die Mitte der Gesellschaft eröffnen.

Sollten die zuvor genannten Integrationsbausteine ausbleiben, werden Befürchtungen, die in der jüdischen Gemeinschaft im Blick auf mögliche antisemitische und antiisraelische Einstellungen gehegt werden, sehr ernst zu nehmen sein. Frustrierte und ausgegrenzte Angehörige von ethnisch-religiösen Minderheiten reagieren häufig in Form einer religiösen Abkapselung und der Suche nach den Verantwortlichen für ihre Situation. Die Empirie lehrt uns, dass in diesen Fällen Juden oder Israelis bevorzugte Ziele darstellen. Eine der Hauptaufgaben der politischen Bildung der Flüchtlinge wird es sein, ihnen zu vermitteln, dass sie in ein Land gekommen sind, das ihnen nur dann eine Zukunft versprechen kann und will, wenn sie sich mit der Schoah und ihren Konsequenzen auseinandersetzen. Dies gehört ebenso zu den Pflichten einer reflektierten politischen Kultur wie der humane Umgang mit Flüchtlingen.

INTEGRATION IST EIN ANGEBOT



Dr. Doron Kiesel ist Professor für Interkulturelle Erziehung in Erfurt und Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung im Zentralrat der Juden.

»Errette, die man zum Tode schleppt«

Wo das Gedenken an die jüdischen NS-Opfer in der Gemeinde verortet werden kann

Erfreulicherweise ist in den vergangenen Jahrzehnten das Bewusstsein für die christliche Mitverantwortung an der Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus gewachsen. Landesweite Gottesdienste zum 9. November würden der Gedenkarbeit in den Gemeinden zusätzliche Bedeutung verleihen.

Der EKD-Ratsvorsitzende Kurt Scharf war sehr bewegt, als er am 9. November 1962 in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem eine in der Kirchenpresse viel beachtete Rede hielt. Anlass war der 24. Jahrestag der Pogrome vom 9. und 10. November 1938. Kurt Scharf dachte darüber nach, was die »evangelische Christenheit in Deutschland« aus diesen Verbrechen gelernt haben könnte: Erstens: ein neues Hören auf »die Bedeutung des Wortes Gottes« einschließlich der heilsgeschichtlichen Aspekte. Zweitens: Mitverantwortung für Politik und für das Verhalten des Staates inklusive der Abwehr »neofaschistischer Erscheinungen«. Und drittens: ein »respektvolles Gespräch [...] zwischen Synagoge und Kirche«.¹

Was wir vergessen, töten wir, wessen wir gedenken, das beleben wir. Was uns vergibt, das tötet uns. Jede Sehnsucht ist begierde zu bilden, zu gebären, jede Erinnerung ist eine Wiedergeburt.

(Bettina von Arnim)

Der Ratsvorsitzende definierte die »Christenheit« nicht nur als »die Kirche«, was den Fokus auf die Leitungen legen würde, sondern wollte ausdrücklich »die Gemeindeglieder, die Nicht-Theologen, mit hineinnehmen«. Als einer, der je zur Hälfte Gemeindepfarrer und Mitarbeiter beim sogenannten »Synagogenprojekt«² ist, liegt es für mich nahe, nach der gemeindlichen Verortung des Gedenkens an die jüdischen Opfer der NS-Verbrechen zu fragen.

VIER GEEIGNETE TERMINE FÜR DIE GEDENKARBEIT

Die engagierten Gemeindeglieder sind sich mittlerweile der christlichen Mitverantwortung für den Antisemitismus bewusst. In den konkreten Debatten der kirchlichen Vergangenheitsbewältigung reagieren die Menschen freilich unterschiedlich. Gerade während der Diskussionen um die jüdenfeindlichen Aussagen von Hans Meiser oder Martin Luther habe ich das Bedürfnis von Evangelischen gespürt, ihre »Helden« der Jugend zu verteidigen. Wo auch immer ich in der Gemeinde auf die NS-Zeit zu sprechen komme, sagen mir ältere Menschen, dass ich als Nachgeborener doch keine Ahnung von den Zwängen in früheren politischen Systemen hätte. Weitaus häufiger erlebe ich allerdings solche Gemeindeglieder, Jüngere wie Ältere, die dankbar sind, wenn ich mich als Pfarrer auf das Schicksal der ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt beziehe.

Grundsätzlich bieten sich im Jahreslauf vier Termine für eine gemeindliche Gedenkarbeit an:

1. Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar ist zugleich ein in Deutschland seit 1995 gesetzlich verankerter Tag des Gedenkens an alle Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum bezieht sich auf die Befreiung der Konzentrationslager von Auschwitz am 27. Januar 1945. Besonders zum 70. Jahrestag Anfang 2015 waren die Kirchengemeinden eingeladen, Gedenkgottesdienste zu veranstalten (die Formulierung »Gottesdienste feiern« fällt mir in diesem Zusammenhang schwer). Das Gottesdienstinstitut gab dazu eine von Axel Töllner verfasste Arbeitshilfe heraus. Der Autor verwies auch auf die Schwierigkeit, dass sich »keine historischen Ereignisse in Deutschland selbst« auf den 27. Januar beziehen.³ Eine lokal ausgerichtete Erinnerungskultur tut sich daher mit diesem Datum nicht leicht.

2. Die »Woche der Brüderlichkeit« wird seit 1952 von den »Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit« jährlich im März veranstaltet. Das dazugehörige Angebot öffentlicher Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bietet sich für das »respektvolle Gespräch zwischen Synagoge und Kirche« an, um obige Formulierung Scharfs aufzugreifen. Allerdings ist die Durchführung einer solchen Woche mehr oder weniger an die Existenz lokaler »Gesellschaften« gebunden und daher nur in größeren Städten realistisch. Die Mehrheit der Kirchengemeinden bleibt von diesen Impulsen unberührt.

3. Auf den 10. Sonntag nach Trinitatis, den »Israelsonntag«, stoßen wir meist Ende Juli oder im August. Er kann nach dem Entwurf der »Neuordnung der gottesdienstlichen Lesungen und Predigttexte«⁴ von 2014 mit den liturgischen Farben Grün oder Violett begangen werden. Dementsprechend ist zwischen zwei unterschiedlichen Proprien zu wählen, denen mit Markus 12,28–34 und Lukas 19,41–48 eine jeweils andere Lesung zugeordnet ist. Während sich das erste Proprium der theologischen Verbundenheit mit dem Judentum widmet, kann als zweite Möglichkeit in selbstkritischer Aneignung des Evangeliums von der Zerstörung Jerusalems ein Bußgottesdienst gestaltet werden: Das Weinen Jesu über Jerusalem wird als Trauer Gottes angesichts der traditionellen christlichen Blindheit gegenüber dem jüdischen Volk aktualisiert. Durch die nebeneinanderstehenden Proprien wird die Tendenz der letzten 25 Jahre gestoppt, das »Gedächtnis der Zerstörung Jerusalems« ganz zu streichen. An einen Bußgottesdienst könnte auch die Gedenkkultur vor Ort andocken, doch liegt die im Jahreslauf einmalige Chance des Israelsonntags darin, gerade das zu bezeugen, was unsere Landeskirche 2012 in den Grundartikel der Verfassung eingefügt hat: »Mit der ganzen Kirche Jesu Christi ist sie aus dem biblischen Gottesvolk Israel hervorgegangen und bezeugt mit der Heiligen Schrift dessen bleibende Erwählung.«⁵ Der Erinnerungsarbeit würde ich am 10. Sonntag nach Trinitatis ein neues Hören auf das »Wort Gottes« vorziehen, wie es Kurt Scharf bereits 1962 allgemein empfahl.

4. Der 9. November eignet sich am ehesten zu einer gemeindlichen Verortung erinnerungskultureller Vergegenwärtigung. Weniger deshalb, weil dieses Datum eine längere Tradition aufweist als der 27. Januar: »In der Bundesrepublik Deutschland hatte sich spätestens seit 1978 der 9. November als allgemeiner Gedenktag für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft etabliert.«⁶ Die Bedeutung dieses Gedenktages liegt im lokalgeschichtlichen Bezug. In den Orten, in denen Jüdinnen und Juden lebten, wurden diese während der Novemberpogrome 1938 drangsaliert und zumeist auch vertrieben. Daran haben insbesondere die Kirchengemeinden fränkischer Dörfer und Kleinstädte anzuknüpfen. Auch wenn die sogenannten »Stolpersteine« umstritten bleiben, sind sie inzwischen an vielen Orten vorhanden und sollten in die Gedenkarbeit einbezogen werden.

- 1 Heinrich Grüber / Wilhelm Niesel / Kurt Scharf u. a., *Evangelische Zeugnisse gegenüber Israel. Ansprachen bei der Gedenkstunde an den 9. November 1938 am 9. November 1962 in Jad Vashem, Jerusalem*, in: *Kirche in der Zeit* 17 (1962), o. S. [Beilage zu Heft 12]. (Die Zählung ist von mir.) Zu den Reden am 9.11.1962 vgl. Gronauer, Gerhard: *Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus. Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik von 1948 bis 1972* (AKIZ.B57). Göttingen 2013. 139–142.
- 2 Siehe <http://www.synagogenprojekt.de/> und <http://augustana.de/forschung-lehre/kirchengeschichte/forschungsprojekte.html>
- 3 Axel Töllner, *70 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Gottesdienst zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus*. Nürnberg o. J. 4 f.
- 4 Christine Jahn (Hg.), *Entwurf zur Erprobung im Auftrag von EKD, UEK und VELKD. Neuordnung der gottesdienstlichen Lesungen und Predigttexte*. Hannover o. J. [2014]. 349–358.
- 5 *Kirchengesetz zur Änderung der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*, in: *Kirchliches Amtsblatt* (5/1.5.2012), 134.
- 6 Töllner, *70 Jahre*, 4.
- 7 Jahn, *Entwurf*, 520–523.



Für die einen eine angemessene Form des Gedenkens, sind Stolpersteine für andere unerträglich, weil darauf mit Füßen herumgetreten werde.

Für meine Dinkelsbühler Gemeinde gilt, dass die Stolpersteine letzten Endes für die Erinnerungsarbeit förderlich waren. Weil es während deren Verlegung 2009 zu einem Streit gekommen war, ob die Messingwürfel im Boden eine angemessene Form des Gedenkens seien, hatte lange niemand mehr darauf Bezug genommen. Erst als ich am 9. November 2014 einen öffentlichen Rundgang entlang dieser Steine anbot, wurden die Schicksale der konkreten jüdischen Familien wieder in das allgemeine Bewusstsein gerückt. Das Interesse war groß; 200 Menschen beteiligten sich an diesem ersten Rundgang. Bei der Wiederholung letzten Herbst waren es natürlich weniger.

Auch mit Konfirmandinnen und Konfirmanden führe ich diesen Gang auf jüdischen Spuren durch. Ich bin erstaunt, mit welcher Ernsthaftigkeit sich die Jugendlichen der Sache annehmen. Ich spüre ihr Erschrecken darüber, dass namentlich genannte Dinkelsbühler aus Häusern, die im Stadtbild bekannt sind, auf die Straße gejagt, gedemütigt und dann vertrieben wurden.

Bei einem Rundgang steht die ehemalige jüdische Bevölkerung im Mittelpunkt meiner Wortbeiträge. Theologische Ausführungen oder politische Aktualisierungen halte ich hier für fehl am Platz. Dafür braucht es eigene Rede-Gattungen und -Orte. Im November 2015 wurde ich zu einer Gedenkveranstaltung der Kirchengemeinde Bad Windsheim eingeladen. Nachdem Schülerinnen an einem Wohnhaus über das Schicksal der ehemaligen jüdischen Bewohner berichtet hatten, gingen die Teilnehmenden an einen zentralen Platz. Erst dort hörten sie von mir eine politische Rede, in der ich auf die heutige christliche Mitverantwortung für Gesellschaft und Welt zu sprechen kam. Durch die Extra-Rede konnte auch der sich daran anschließende Gottesdienst von politischen Überfrachtungen frei gehalten werden.

Ich fühlte mich vor wenigen Wochen unangenehm berührt, als bei einer Gedenkveranstaltung in einer anderen Stadt die Rednerin den einfühlsamen Bericht über Opfer der Schoah mit einer Warnung vor der Partei der AfD abschloss. Da bekommt das Erinnern eine parteipolitisch motivierte Schiefelage.

Der 9. November würde sich als der eine Gedenktag im Jahr anbieten, an dem in jeder Gemeinde ein Gottesdienst stattfinden könnte. Es müsste noch über Alternativen für die Orte nachgedacht werden, in denen ein Abendgottesdienst unter der Woche nicht möglich ist. Etwa am Sonntag davor oder danach? Das halte ich jedenfalls für angemessener, also das Proprium vom 9. November jedes Jahr in den Buß- und Betttag hineinzumengen. Es entsteht bei einem Abendgottesdienst so etwas wie eine eigene Gottesdienstgemeinde. Die Teilnehmenden sind nicht völlig identisch mit denen, die sich an einem öffentlichen Rundgang beteiligen.

Nachdem der »Gedenktag der Novemberpogrome« in der »Neuordnung« der Perikopen mit eigenen Lesungen bedacht worden ist, können sich Pfarrerrinnen und Pfarrer gut auf einen Gottesdienst vorbereiten.⁷ Das Evangelium von der Verleugnung des Petrus (Markus 14,66–72) macht schmerzhaft bewusst, dass Kirchenleute zu den Pogromen von 1938 meist schwiegen und mit den Jüdinnen und Juden auch Jesus als Juden verleugneten. Und die alttestamentliche Lesung aus Sprüche 24,10–12 verpflichtet die Gemeinde auf ernste Anteilnahme: »Errette, die man zum Tode schleppt [...] Sprichst du: Siehe, wir haben's nicht gewusst!, fürwahr, der die Herzen prüft, merkt es ...«



Dr. Gerhard Gronauer ist Gemeindepfarrer in Dinkelsbühl und Mitarbeiter beim »Synagogenprojekt« an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau.

Johannes Wachowski, Wernsbach

Die »Predigtmeditationen im christlich-jüdischen Kontext«

Bemerkungen zu einem erfolgreichen Format homiletischer Anleitungsliteratur

Für das Predigtjahr 1996/97 erschien zum ersten Mal eine kleine, aus unterschiedlichen Layouts zusammenkopierte Broschüre, ohne ISBN-Nummer und Verlagsangabe, mit dem Titel »Predigtmeditationen im christlich-jüdischen Kontext«. Die Auflage: 400 Exemplare. Heute, rund 20 Jahre später, ist die Auflage fünfmal so hoch.

Wolfgang Kruse, ein Absolvent des 2. Jahrgangs des Studienprogramms »Studium in Israel« im Studienjahr 1979/80, war der Herausgeber jener ersten Ausgabe, die damals 41 Beiträge auf 133 Seiten präsentierte. Der aktuelle Band umfasst rund 500 Seiten, die Auflage von 2.000 Exemplaren ist quasi vergriffen. Und im Hintergrund steht inzwischen ein Redaktionsteam, dem auch eine jüdische Stimme angehört.

Diese Erfolgsgeschichte zeigt, dass die Predigtmeditationen im Konzert der homiletischen Anleitungsliteratur einen festen und beachtlichen Part spielen und viele Abonnenten gerade dieses relativ kurze, exegetisch solide und dem christlich-jüdischen Kontext verpflichtete Format schätzen. Die Autorinnen und Autoren haben meistens ein Studienjahr an der Hebräischen Universität in Jerusalem absolviert, oder sich durch besondere Aktivitäten im christlich-jüdischen Dialog qualifiziert.

Zum Ziel dieser Arbeitshilfe schrieb der Initiator Wolfgang Kruse anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Programms »Studium in Israel«:

»Getragen ist dies von der Erkenntnis, dass eine veränderte Theologie nach Auschwitz ihren Niederschlag auch und gerade in der sonntäglichen Predigt finden muss. Denn Israel ist und bleibt der erste Zeuge Gottes und damit »Licht der Völker«, und an unserem Verhältnis zu Israel entscheidet sich auch unsere Beziehung zu Gott. Gerade in Predigten und Predigtmeditationen, so die Erfahrung, begegnet immer wieder die Israelvergessenheit der christlichen Theologie. Predigen im christlich-jüdischen Kontext sollte mithin kein Hobby von wenigen Spezialisten sein, sondern Fundament der Verkündigung.«¹

Kruse formulierte damals zehn persönliche Selbstverpflichtungen, die bis heute auch die Predigtmeditationen mitprägen und die Diskussion um eine Homiletik im christlich-jüdischen Kontext mitbestimmen. In Auszügen seien sie hier zitiert:

ZEHN SELBST- VERPFLICHTUNGEN

1. Ich will nicht nur am Israel-Sonntag (10. Sonntag nach Trinitatis) »in Israels Gegenwart« predigen, sondern an jedem Sonntag den jüdischen Horizont mit bedenken.
2. Wenn ein Text aus dem Alten Testament als Predigttext vorgegeben ist, will ich bedenken, dass dieser Text zuerst dem Volk Israel gegeben wurde. Ich will ihn nicht in enteignender Weise auslegen, sondern so predigen, dass deutlich wird: Wir Christen sind Teilhaber, sind Miterben am Reichtum Israels. [...]
3. Wenn ein Text aus dem Neuen Testament vorgegeben ist, will ich beachten, dass Jesus, seine Anhänger und auch die meisten Autoren des Neuen Testaments Juden waren. Diese Tatsache entspringt keiner historischen Zufälligkeit, sondern hat theologische Relevanz. [...]
4. Ich will in der Predigt die Spannung von Verbindendem und Trennendem zwischen Juden und Christen aushalten. [...]
[...]
10. Ich will in der Predigt deutlich machen, dass das Verhältnis von Juden und Christen im paulinischen Sinne letztlich ein Geheimnis Gottes bleibt (Rom 11,33). Ich möchte es als Geschenk betrachten, ältere Geschwister im Glauben an den einen Gott zu haben.«²

Seit zwölf Jahren gebe ich zusammen mit einem Redaktionskreis die Predigtmeditationen heraus. Mit Hans-Jürgen Müller und Prof. Dr. Alexander Deeg arbeiten weitere Pfarrer unserer Landeskirche und Mitglieder des Vereins »Begegnung von Christen und Juden« (BCJ) maßgeblich an den Predigtmeditationen mit.

Ich möchte aus dieser Arbeit sieben Einsichten skizzieren:

FEINSINNIGE BEOBACHTUNGEN

1. Die Autorinnen und Autoren lassen sich darauf ein, nicht den einen, herausexegierten Skopus des Textes homiletisch zu suchen und nur den dann zu entfalten, sondern die vielen Töne der Texte abzuhören, auf die Leerstellen zu achten und auch nicht strikt historisch-kritische Beobachtungen verantwortlich zu verwerten. Ein schönes Beispiel für solche feinsinnigen Beobachtungen am Text gibt Jürgen Ebach mit seinem Aufsatz über die Fragestellung, warum die Bibel mit Beth und nicht mit Aleph beginnt.³ Ein besonders schönes Beispiel für den Pluralismus jüdischer Hermeneutik ist die Rede von 70 Gesichtern der Thora: Jeder Vers der Thora kann auf 70 verschiedene Arten ausgelegt werden (Midrasch Numeri Rabba 13,15/16).

- 1 Wolfgang Kruse, *Projekte des Programms I: Predigtmeditationen im christlich-jüdischen Kontext*, in: Katja Kriener / Bernd Schröder / Ernst Michael Dörrfuß (Hg.): *Lernen auf Zukunft hin. Einsichten des christlich-jüdischen Gesprächs – 25 Jahre Studium in Israel, Neukirchen-Vluyn 2004*, 279–282, Zitat auf S. 279.
- 2 Ebd., 281 f.
- 3 Jürgen Ebach, *Die Bibel beginnt mit »b«*. Vielfalt ohne Beliebigkeit, in: DERS.: *Gott im Wort. Drei Studien zur biblischen Exegese und Hermeneutik, Neukirchen-Vluyn 1997*, 85–114.
- 4 <http://www.studium-in-israel.de/Homiletische%20Leitlinien%202015.pdf> (abgerufen am 7.4.2016).
- 5 Vgl. auf katholischer Seite die durch das Buch von Ansgar Franz angestoßene Diskussion. Ders. (Hg.): *Streit am Tisch des Wortes. Zur Bedeutung des Alten Testaments und seiner Verwendung in der Liturgie, PiLi 8, St. Ottilien 1997*.



Pfarrer Dr. Johannes Wachowski ist 1. Vorsitzender des Vereins Begegnung zwischen Christen und Juden (BCJ, Bayern).

2. Das methodische Format der Predigtmeditationen hat sich an einigen Stellen verändert. Der Rede einer »komplexen Einseitigkeit« korrespondiert die Überschrift jeder Meditation. Im methodischen Schritt der »Annäherung« soll man sich nicht »warm schreiben«, sondern den ausgewählten Predigteinfall pointiert einleiten. Darauf folgenden dann die Kontexte. Hatten die früher bisweilen den Charakter eines musealen Florilegiums, so sollen sie jetzt mit dem Predigteinfall verbunden sein und anzeigen, dass sie »möglichst von Anfang bis zum Ende aus dem Gespräch mit dem Judentum in Geschichte und/der Gegenwart entstanden« ... [sind] Das Judentum soll hierbei jedoch nicht auf eine Bereicherung des christlichen Glaubens reduziert werden.«⁴
3. Die Kontexte der Predigtmeditation sollen durch einen kurzen Kommentar eingeleitet werden. Das soll verhindern, dass die jüdische Tradition zum Steinbruch für christlich-homiletische Ausschmückungen wird.
4. Rückmeldungen haben mir gezeigt, dass der Anhang mit dem Verweis auf das jüdische Festjahr und die Berücksichtigung der jüdischen Wochenabschnitte die Textauslegung noch einmal neu perspektivieren kann.
5. Seit 2008 erscheinen die Predigtmeditationen im neuen »Plus-Format«. Mit dem Plusteil wollen wir auf ungepredigte, wunderbare Texte der Bibel aufmerksam machen, auf eine Perikopengemeinschaft mit Israel hindeuten und den »Tisch des Wortes Gottes« reicher für die Gemeinden decken.⁵
6. Im zweiten Durchgang mit einem Plusformat beabsichtigten wir dann, nicht nur thematische Predigtreihen narrativer Texte als Abwechslung zu erschließen, wir sehen auch mehr und mehr, dass der ein oder andere locus dogmatisch im christlich-jüdischen Gespräch reformuliert werden sollte. So ist z. B. im Reformationsgedächtnisjahr ein Plus zum Thema »Gottes Gesalbte. Priester – Könige – Propheten. Solus Christus neu gelesen« in Vorbereitung.
7. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir immer noch am Anfang stehen, weil wieder jemand platt ein Verheißungs- und Erfüllungsschema für das Verständnis des Alten Testaments verwendet, die Rede der Evangelien von »den Juden« und »den Pharisäern« einfach nachspricht, keinen Juden kennt, aber genau weiß, wie heute Jüdinnen und Juden leben und denken – usw. Wichtig ist, dass wir mit unserer Publikation Predigerinnen und Prediger weiterhin unterstützen, die in ihrer Verkündigung feinsinnig und lernbereit, nicht triumphalistisch, sondern demütig und respektvoll die jüdischen Stimmen hören und die Erkenntnis pflegen, dass das christlich-jüdische Gespräch eine Kategorie sui generis ist.



Literatur:

*Predigtmeditationen^{Plus} im christlich-jüdischen Kontext
Zur Perikopenreihe II.
Plus: »Rechtfertigung und Gottes Gerechtigkeit – Impulse aus dem
christlich-jüdischen Gespräch für das Reformationsjubiläum«
Herausgegeben von Studium in Israel e. V.
Wernsberg 2015 – Auflage: 2.000 Exemplare
484 Seiten – 16,80 Euro zzgl. Versandkosten
ISBN: 978-3-9816903-1-6*

Kleine Menschen, große Fragen Den Glauben weitergeben

Das neue THEMA-Magazin ist da!

„Hilft Beten wirklich? Wo wohnt Gott eigentlich?“ Kommen Ihnen diese Fragen bekannt vor? Wie antworte ich darauf kindgerecht? Unser neues THEMA-Magazin dreht sich um die jüngsten Gemeindemitglieder und deren Fragen rund um den Glauben. Wir geben Antworten auf knifflige Kinderfragen. Außerdem:

- + Was Hänschen nicht lernt: Bedeutung religiöser Erziehung.
- + Kinder als Theologen: Wie Kinder glauben und was Eltern davon lernen können.
- + Lauschen, Singen, Beten: Sonntags im Kindergottesdienst.
- + Lieber Gott, segne flott: Mut zum kreativen Tischgebet.
- + Krippenspiel und Bettgebet: Was bedeuten Rituale und Traditionen.
- + Von Oma zur Bibel-App: Glaubensvermittlung im Wandel.
- + Jesus-Puppe und Bibel-Barbie: Glaube spielend entdecken.

für 1 Ex. 4,00 €
ab 10 Ex. 3,50 €
ab 50 Ex. 3,00 €



Abb. ähnlich



Ja, ich bestelle Exemplar(e) THEMA

Telefon

(Preise siehe oben, inkl. MwSt., zzgl. mengenabhängiger Versandkosten)

E-Mail

Name

Vorname

Pfarramt

Straße

PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte Coupon einsenden an:

Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.

AboService | Birkerstr. 22 | 80636 München

Fax: (089) 12172-338 | E-Mail: thema@epv.de

Bestelltelefon: (089) 12172-0

Sonntagsblatt
THEMA

Sonntagsblatt THEMA erscheint im Evangelischen Presseverband für Bayern e.V. | Birkerstr. 22 | 80636 München

E-Mail: thema@epv.de | www.epv.de

PVSt ZKZ 5058
Postvertriebsstück
Deutsche Post AG Entgelt bezahlt
Absender: Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Birkerstr. 22, 80636 München